

115

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Herrmann, Sofia,
an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-11821/67 geheim****Fernschreiben Nr. 224****1. April 1967****Aufgabe: 3. April 1967, 10.15 Uhr****Ankunft: 3. April 1967, 12.03 Uhr**

I. Heute hatte ich das vor etwa zwei Wochen erbetene Gespräch mit Außenminister Baschew. Ich habe dem Minister unsere Bereitschaft, auch mit Bulgarien diplomatische Beziehungen aufzunehmen, ausgesprochen und dargelegt, daß wir in Zusammenhang hiermit auch über die Deutschland- und Berlinfrage zu sprechen wünschten. Im einzelnen habe ich mich an die Weisung im Drahterlaß Nummer 22 vom 10. Februar¹ gehalten.

Baschew machte daraufhin zunächst allgemeine Ausführungen über die außenpolitische Linie Bulgariens, nach der eine Normalisierung zwischen allen Staaten wünschenswert sei. Eine solche Normalisierung könnte in verschiedenen Formen zwischenstaatlicher Beziehungen verwirklicht werden. Seine Regierung wisse, daß der Normalisierung zwischen den Staaten Schwierigkeiten verschiedener Grade entgegenstünden und sie nicht leicht, schnell und manchmal auch nicht in einem Zug realisiert werden könnte. Die an einer Befriedung und Normalisierung interessierten Regierungen sollten die hierbei hinderlichen Probleme nicht ungelöst vor sich herschieben, andererseits aber auch keine überstürzten Entscheidungen treffen, die schaden könnten.

Konkret zur deutsch-bulgarischen Normalisierung übergehend meinte Baschew, daß bilateral keine Probleme zwischen beiden Ländern bestünden. Es gäbe vielleicht privatwirtschaftliche Fragen aus der Kriegs- und Vorkriegszeit. Diese könnten aber zunächst unerwähnt bleiben. Die deutsch-bulgarischen Beziehungen auf wirtschaftlichen und anderen Gebieten seien gut, aber noch entwicklungsfähig. Einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen stehe leider die unausgeglichene Handelsbilanz² entgegen, wobei die Bedeutung, die Bulgarien dieser Frage beimesse, auf deutscher Seite nicht immer voll verstanden werde. Baschew erwähnte auch die diskriminierenden Zölle und Abschöpfungen der EWG und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es in den deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen nicht zu einem Ausgleich der

¹ Ministerialdirektor Ruete bat Vortragenden Legationsrat I. Klasse Herrmann, Sofia, im bulgarischen Außenministerium die Bereitschaft der Bundesrepublik zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu erklären. In dem Gespräch solle er auch die Rechtsauffassung der Bundesregierung in der Deutschland-Frage und in der Berlin-Frage darlegen: „Die Bundesregierung würde bei einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen Wert darauf legen, ihre grundsätzliche Rechtsauffassung, zur Vertretung des ganzen deutschen Volkes legitimiert zu sein, zu wahren und dies auch öffentlich zu erklären. [...] In Kenntnis der abweichenden Rechtsstandpunkte beider Seiten in der Berlinfrage hielten wir es für erforderlich, pragmatische Regelungen zu finden, die sicherstellen, daß die Belange Berlins und der Berliner durch unsere künftige Botschaft befriedigend wahrgenommen werden können. Unter Aufrechterhaltung der beiderseitigen Rechtsstandpunkte sei es gelungen, mit Rumänien in diesen Fragen praktikable Lösungen zu finden. Vgl. VS-Bd. 4206 (II A 5); B 150; Aktenkopien 1967.

² Vgl. dazu Dok. 28, Anm. 8.

Handelsbilanz auf niederem Niveau, sondern zu einer weiteren Entwicklung komme. Der Minister bat mich, die großen bulgarischen Besorgnisse hinsichtlich dieser Frage in meinem Bericht zu unterstreichen.

Als Leitlinie der bulgarischen Politik stellte Baschew die friedliche Koexistenz, die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, den gegenseitigen Vorteil und das Streben nach europäischer Sicherheit heraus. Es gäbe allerdings einige Probleme von grundsätzlicher Bedeutung, bei denen leider noch unterschiedliche Auffassungen bei der deutschen und bei der bulgarischen Regierung vorherrschten. Die Ursache dafür sei nach bulgarischer Ansicht in der nicht realistischen Beurteilung der gegenwärtigen Lage in Europa durch die Bundesregierung zu sehen. Zu diesen strittigen Problemen gehörten die Zweistaatentheorie, die Berlinfrage, die Nichtigkeit des Münchener Abkommens ex tunc³ und die Oder-Neiße-Linie.

Die Bereitschaft der Bundesregierung, diplomatische Beziehungen mit Bulgarien aufzunehmen, sei an sich zu begrüßen. Es sei aber nicht realistisch, wenn die Bundesregierung z.B. in der Frage der Wahrnehmung der Interessen Berlins und der Berliner gewissermaßen Bedingungen stelle.⁴ Beide Seiten müßten vielmehr bestrebt sein, die noch offenen grundsätzlichen Fragen zu lösen, da anderenfalls ein anderer Status in den Beziehungen keinen Vorteil bringe und wenig zweckmäßig sei.

Ich erwiderte dem Außenminister, daß erfreulicherweise zu einem Teil Übereinstimmung in der Auffassung bestehe. Auch wir würden die nicht ausgeglichene Handelsbilanz mit Sorge betrachten, sähen jedoch in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen einen politischen Akt, der der Entspannung in Europa dienen solle. Eine Verquickung wirtschaftlicher und politischer Fragen würden wir daher nicht nur im Falle Bulgariens, sondern auch in allen anderen Fällen ablehnen müssen. Allerdings bestehe kein Zweifel, daß die wirtschaftlichen Belange Bulgariens durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen weit mehr gefördert würden, als dies sonst möglich wäre.

Auf die verschiedenen Auffassungen in politischen Grundsatzfragen eingehend, gab ich zu bedenken, daß von den von Baschew genannten Problemen nur die Deutschland- und Berlinfrage bilaterale Probleme berührten und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen schließlich eine bilaterale Angelegenheit sei. Auf meine Frage, ob die von ihm erwähnte notwendige Lösung der Grundsatzfragen nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen erfolgen könne oder als Voraussetzung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gedacht sei, erklärte Baschew, daß er die Lösung solcher Grundsatzfragen als Vorstufe zur Normalisierung betrachte, da man andernfalls einen Verzicht auf den eigenen Standpunkt unterstellen könnte. Bulgarien sei jederzeit bereit, zur Lösung der von ihm genannten Grundsatzfragen beizutragen, um zur Normalisierung zwischen beiden Ländern zu gelangen.

³ Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675. Zur Auffassung der Bundesregierung hinsichtlich der Gültigkeit des Abkommens vgl. Dok. 3, Anm. 7.

⁴ Zur Forderung der Bundesrepublik nach Aufnahme einer Berlin-Klausel in völkerrechtliche Verträge vgl. auch Dok. 11, besonders Anm. 22 und 23.

Ich wiederholte unser Anerbieten, eine Delegation zur Erörterung der Deutschland- und Berlinfrage nach Sofia zu entsenden und ließ die Möglichkeit durchblicken, daß diese Delegation gegebenenfalls auch die anderen von Baschew genannten Grundsatzprobleme behandeln könnte. Der Minister wich einer Antwort aus und sagte, daß es wohl zweckmäßig sei, zunächst die Reaktion der Bundesregierung auf unser heutiges Gespräch abzuwarten; er gab aber schon jetzt zu bedenken, daß die Entsendung einer Delegation in einem so frühen Stadium wohl nicht erforderlich sei. Es wäre besser, im bisherigen Rahmen weiter zu verhandeln; er würde aber unser Angebot, eine Delegation zu entsenden, seiner Regierung vortragen.

Abschließend bat Baschew, das heutige Gespräch vertraulich zu behandeln und keineswegs durch Presseverlautbarungen die Förderung durchaus vorhandener positiver Faktoren zu stören.

II. Baschews Formulierung, daß „die Lösung der Probleme von grundsätzlicher Bedeutung Vorstufe der Normalisierung sei“, hält unsere Frage bewußt in der Schwebe. Die Antwort kann bedeuten:

Eine getarnte Ablehnung, da – wie Baschew weiß – die Probleme kurzfristig nicht gelöst werden können;

Den Wunsch, diese Probleme wenigstens soweit abzuklären, daß sie in Zukunft nicht ständig die technische Verwirklichung der deutsch-bulgarischen Beziehungen stören,

oder eine im Augenblick verständliche taktische Verzögerung.

Aus dem gesamten Gespräch, vor allem aber aus der Bereitschaft, das Gespräch fortzusetzen, und der Bemerkung, Bulgarien werde jederzeit an der Lösung der Probleme mitarbeiten, entnehme ich, daß sowohl eine Verzögerung als auch die weitere Abklärung gemeint sein kann.

III. In unserer Stellungnahme zu den Ausführungen Baschews sollten wir geltend machen, daß die völlige Bereinigung der grundsätzlichen Probleme über den Rahmen des deutsch-bulgarischen Verhältnisses hinausgeht und praktisch ein Hinausschieben der diplomatischen Beziehungen auf Jahre hinaus bedeuten würde. Ferner müßten wir wohl zu erkennen geben, daß die von Baschew als Bedingung bezeichnete pragmatische Lösung der Berlinfrage durchaus nicht als Preisgabe des eigenen Standpunktes verstanden werden müßte, wie dies Baschew vorgibt. Ein ausführlicherer Hinweis auf die rumänische Regelung⁵ könnte dieses Argument bekräftigen.

Ich halte es jedenfalls für zweckmäßig, das Gespräch jetzt nicht abreißen zu lassen, und erbitte Weisung.⁶

[gez.] Herrmann

VS-Bd. 4206 (II A 5)

⁵ Zur Wahrung des jeweiligen Rechtsstandpunkts von Rumänien und der Bundesrepublik bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vgl. Dok. 20.

⁶ Für den Drahterlaß Nr. 163 des Ministerialdirektors Ruete vom 9. Mai 1967 vgl. Dok. 161.

116

Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter**II A 1-85.50/1-887/67 VS-vertraulich****4. April 1967¹**

Betr.: TTD

hier: Abschaffung der TTD-Regelung

Bezug: Mündliche Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 21. 3. 1967²Anlg.: 1 (mit 3 Unteranlagen)³

I. Als Anlage wird weisungsgemäß⁴ der Entwurf einer Kabinettsvorlage vorgelegt. Danach soll das Auswärtige Amt beauftragt werden, Gespräche mit den Drei Mächten zu eröffnen mit dem Ziel, die Abschaffung der TTD-Regelung zu erreichen.

Die Begründung beschränkt sich weisungsgemäß⁵ auf eine Erläuterung des Verfahrens. Eine kurze Übersicht über die Grundlagen der gegenwärtigen TTD-Regelung ist der Kabinettsvorlage beigelegt.

Für den Fall, daß die Kabinettsvorlage dem Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen vorgelegt werden soll, müßte sie auch sachlich begründet werden. Eine sachliche Begründung müßte zu den unter II dieser Aufzeichnung genannten Argumenten Stellung nehmen.⁶

II. Zur Frage, ob das Auswärtige Amt einen Vorstoß für eine Abschaffung der TTD-Regelung unternehmen soll, ist zu bemerken:

Vorbemerkung: Wenn das TTD als Reisedokument für die Bewohner des anderen Teils Deutschlands entfällt, bleibt dem westlichen Ausland praktisch keine andere Wahl, als den „DDR“-Paß als gültiges Reisedokument anzuerkennen. Nur wenige Staaten kennen Sonderregelungen (z.B. regelmäßige Ausstellung eines Paßersatzes durch die Visabehörde des Einreiselandes). Die Einführung einer Sonderregelung in allen westlichen Staaten wird sich nicht durchsetzen lassen.

A. Die Abschaffung der TTD-Regelung hätte folgende Vorteile⁷:

1) Wir machen eine unübersehbare Geste unserer Bereitschaft zur Entspannung. Wir beweisen unsere Entschlossenheit, alle Dinge abzuschaffen, die den

¹ Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jung und von Legationsrat von der Gablentz konzipiert.

² Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen.
Zur Weisung von Schütz vgl. Dok. 93, Anm. 12.

³ Dem Vorgang beigelegt.

Als „Unteranlage 3“ fügte Botschafter Schnippenkötter die Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz vom 28. Februar 1967 bei; vgl. Dok. 73.

⁴ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen.

⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen.

⁶ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen.

⁷ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „B. Bei einer Abschaffung der TTD-Regelung ergeben sich folgende Vorteile“. Vgl. Anm. 9.

Eindruck erwecken, als könnten sie den freien Verkehr zwischen Ost und West behindern.

2) Wir beseitigen einen Vorwand, den Ostberlin benutzt, um die Ausreise von Privatpersonen ins westliche Ausland zu unterbinden.

3) Wir beseitigen eine Regelung, die in der Vergangenheit gelegentlich⁸ zu Auseinandersetzungen mit unseren NATO-Partnern geführt hat.

B.⁹ Bei einer Abschaffung der TTD-Regelung ergeben sich folgende Nachteile:

1) Wir tragen selbst wesentlich dazu bei, den anderen Teil Deutschlands im Ausland als „zweiten deutschen Staat“ in Erscheinung treten zu lassen. Die Anerkennung des Passes hat Symbolwert.¹⁰

2) Wir verschaffen Ostberlin eine wesentliche internationale Statuserhöhung ohne Gegenleistung z. B. auf dem Gebiet des freien Verkehrs.¹¹

3) Wir werden voraussichtlich keine Reiseerleichterung für unsere Landsleute drüben erreichen. Das SED-Regime wird diese Maßnahme vielmehr als Bestätigung seiner bisherigen Erpressungspolitik (Verbot der Benutzung von TTDs für Private und Geistliche, Zustimmung zur Benutzung für dem Regime nützliche Reisende) auffassen und nicht daran denken, die Ausreisesperre zu lockern.¹²

4) Wir gefährden die Grundlagen unserer bisherigen Deutschlandpolitik:

a) Mit ihrer Zustimmung zur TTD-Regelung haben sich alle NATO-Partner zur Viermächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes bekannt und sich darauf festgelegt, in der täglichen Praxis den anderen Teil Deutschlands nicht als „zweiten deutschen Staat“ zu behandeln.

b) Die TTD-Regelung ist eines der wenigen Gebiete, auf denen die Drei Mächte ihre Verantwortung für Deutschland als Ganzes auch für die Deutschen in der Zone wahrnehmen. Ihr Wegfall könnte auch Rückwirkungen auf die Lage in Berlin (Verantwortung für den Sowjetsektor) haben.

c) Ein deutscher Vorstoß gegen die TTD-Regelung, der keinen direkten Nutzen für unsere Deutschlandpolitik verspricht, verleitet unsere NATO-Partner zu dem Fehlschluß, wir wollten die Grundlagen der bisherigen Deutschlandpolitik aufgeben. Ein solcher Fehlschluß hätte unabsehbare Folgen.¹³

⁸ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Schütz handschriftlich eingefügt: „sogar“.

⁹ Dieser Buchstabe wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „A.“ Vgl. Anm. 7.

¹⁰ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Der andere Teil Deutschlands könnte im Ausland als ‚zweiter deutscher Staat‘ in Erscheinung treten. Möglicherweise hat die Anerkennung des Passes Symbolwert.“

¹¹ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Möglicherweise erhält Ostberlin eine wesentliche internationale Statuserhöhung ohne sofortige Gegenleistung.“

¹² Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Möglicherweise wird es Reiseerleichterung für unsere Landsleute drüben nicht geben. Das Regime wird diese Maßnahme als Bestätigung seiner bisherigen Politik auffassen und nicht daran denken, die Ausreisesperre zu lockern.“

¹³ Die unter Punkt 4) folgenden Ausführungen „4) Wir gefährden ... unabsehbare Folgen“ wurden von Staatssekretär Schütz gestrichen.

5) Unser Verhältnis zu den NATO-Partnern in bezug auf Einreisen aus der „DDR“ wird nicht entlastet, sondern voraussichtlich neuen Belastungen ausgesetzt werden:

a) Die gegenwärtige TTD-Regelung sieht eine TTD-Verweigerung nur noch in den Fällen vor, in denen die Reise eindeutig den politisch-propagandistischen Zielen Ostberlins dient.

b) Wenn darüber hinaus ein besonderes innenpolitisches Interesse eines NATO-Partners an der Einreise besteht, kann eine Sonderregelung für den Einzelfall gefunden werden. Nach einem von den Drei Mächten und uns dem Politischen Ausschuß der NATO vorgelegten Vorschlag¹⁴ sollen solche Sonderregelungen von den Drei Mächten und uns nach Konsultationen mit dem betreffenden NATO-Partner in Bonn beschlossen werden. Auseinandersetzungen mit den NATO-Partnern über TTD-Einzelfälle werden damit voraussichtlich weiter eingeschränkt werden.

c) Mit der TTD-Regelung würde auch das generelle Verbot der politisch-propagandistischen Reisen aus der „DDR“ in den NATO-Bereich fallen, an das sich die NATO-Partner halten. Vor einem Verzicht auf das TTD-System sollten wir uns daher darüber klar werden, ob wir entschlossen sind, gegen politisch-propagandistische Reisen von Vertretern Ostberlins in das westliche Ausland in Zukunft keine Einwendungen mehr zu erheben. Wenn dies nicht beabsichtigt ist, würde die Abschaffung der TTD-Regelung unser Verhältnis zu den NATO-Partnern eher belasten, weil immer wieder erforderlich werdende Demarchen unserer Botschafter zur Unterbindung einer politisch-propagandistischen Ausnutzung dieser Reisen weit unangenehmer sind als der jetzt mögliche Hinweis auf die allgemeine TTD-Regelung, welcher der betreffende Staat selbst zugestimmt hat.¹⁵

III. Abteilung II gelangt zu dem Ergebnis, daß es im Rahmen der augenblicklichen Deutschlandpolitik der Bundesregierung keine überzeugenden Gründe für einen deutschen Vorstoß zur Abschaffung des TTD-Systems gibt. Es wird daher vorgeschlagen, von einer solchen Initiative abzusehen und die Angelegenheit nicht in das Kabinett zu bringen.

Die Abschaffung der TTD-Regelung sollte nach Auffassung von Abteilung II nur im Rahmen einer neuen Deutschlandpolitik erwogen werden, wo sie mit der Forderung nach Gegenleistungen der Zone verbunden werden kann und die Glaubwürdigkeit unserer Haltung in der Deutschlandfrage nicht gefährdet.¹⁶

¹⁴ Dieser Vorschlag vom 21. März 1967 wurde am 5. April 1967 im Politischen Ausschuß der NATO beraten und angenommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 565 des Gesandten Oncken, Paris (NATO), vom 5. April 1967; VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner Dok. 144, Anm. 6.

¹⁵ Die unter Punkt 5) folgenden Ausführungen „5) Unser Verhältnis ... zugestimmt hat“ wurden von Staatssekretär Schütz gestrichen.

¹⁶ Die unter III. folgenden Ausführungen „Abteilung II gelangt ... nicht gefährdet“ wurden von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Ich komme zu dem Ergebnis vorzuschlagen, die beigefügte Kabinettsvorlage dem Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen zu unterbreiten.“

Hiermit über den Herrn Staatssekretär¹⁷ dem Herrn Bundesminister¹⁸ mit der Bitte um Billigung des Vorschlages unter III. vorgelegt.

i. V. Schnippenkötter¹⁹

Unteranlage 1

Das Bundeskabinett wolle beschließen:

Das Bundeskabinett beauftragt den Bundesminister des Auswärtigen, Gespräche mit den Drei Mächten mit dem Ziel zu eröffnen, die Abschaffung der TTD-Regelung zu erreichen.

Zur Begründung:

- 1) Die derzeitige TTD-Regelung beruht auf den Vorbehaltsrechten der Alliierten und auf Vereinbarungen mit den NATO-Partnern.
- 2) Da die TTD-Regelung auf die in Artikel 2 des Deutschlandvertrages²⁰ den Drei Mächten vorbehaltenen „Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes“ zurückgeht, muß die Abschaffung der TTD-Regelung von den Drei Mächten beschlossen werden. Die Bundesregierung hat die Möglichkeit, diese Abschaffung im Rahmen der nach Art. 7, Abs. 4 des Deutschlandvertrages²¹ vorgesehenen Konsultationen über die Ausübung der alliierten Vorbehaltsrechte vorzuschlagen. Die Konsultationen werden auf deutscher Seite vom Auswärtigen Amt wahrgenommen.
- 3) Sollten die Alliierten unserer Anregung Folge leisten, so wäre der nächste Schritt voraussichtlich eine Mitteilung der ATO-Mächte an die NATO-Partner, daß sie die Abschaffung des TTD-Systems beschlossen hätten und daß damit die Grundlage der TTD-Empfehlungen des NATO-Rats entfielen. Die Form dieser Mitteilung und die Art einer eventuellen deutschen Beteiligung müßte mit den Alliierten vereinbart werden.

Unteranlage 2

Die TTD-Regelung

- 1) Die derzeitige TTD-Regelung, nach der Deutsche aus dem anderen Teil Deutschlands nur mit einem gültigen Temporary Travel Document (TTD) des Allied Travel Office (ATO) ins westliche Ausland reisen können, beruht auf

¹⁷ Hat Staatssekretär Schütz vorgelegen, der die Wörter „über den Herrn Staatssekretär“ strich.

¹⁸ Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

¹⁹ Die Unterschrift wurde von Staatssekretär Schütz in eckige Klammern gesetzt. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Schütz“.

Am 8. April 1967 unterzeichnete Schütz eine gemäß seinen handschriftlichen Bemerkungen überarbeitete Fassung der Aufzeichnung, die noch am selben Tag von Bundesminister Brandt gebilligt wurde. Vgl. VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

²⁰ Für den Wortlaut des Artikels 2 des Vertrages vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten (Deutschlandvertrag) in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 306. Für einen Auszug vgl. Dok. 93, Anm. 5.

²¹ Artikel 7, Absatz 4 des Vertrages vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten (Deutschlandvertrag) in der Fassung vom 23. Oktober 1954: „Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik in allen Angelegenheiten konsultieren, welche die Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes berühren.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 309.

- dem TTD-System des ATO (Berlin) (2);
- der Vereinbarung aller NATO-Partner, die Einreise von Deutschen aus der SBZ²² nur mit einem gültigen TTD zu gestatten (TTD-Erfordernis) (3);
- den vom NATO-Rat gebilligten Regeln für die Ausgabe von TTDs (TTD-Regeln) (4).

2) TTD-System

Das von den drei Militärregierungen ausgestellte TTD war nach 1945 das einzige Reisedokument für Deutsche, die ins westliche Ausland fahren wollten. Die allgemeine Anerkennung des Bundespasses machte seit Anfang der fünfziger Jahre die Ausstellung von TTDs für Deutsche in der Bundesrepublik Deutschland überflüssig. Bei Aufhebung der Besatzungsherrschaft 1955 wurde daher mit den Verbündeten vereinbart, daß die drei westlichen Kommandanten in Berlin durch das neugebildete ATO im wesentlichen TTDs für Deutsche aus dem anderen Teil Deutschlands ausstellen sollten, deren „DDR“-Pässe im westlichen Ausland nicht anerkannt werden (vgl. Anlage 2: Schreiben der Alliierten Hohen Kommission vom 3.5.1955²³).

3) TTD-Erfordernis

Da das westliche Ausland (NATO-Staaten und andere befreundete Staaten, z. B. Australien, Neuseeland, Südafrika) den „DDR“-Paß nicht als gültiges Reisedokument anerkannten, war das TTD bei Ausbruch der Berlin-Krise 1958 das normale Reisedokument für Reisen von Deutschen aus dem anderen Teil Deutschlands in westliche Ausland. Es war eines der Gebiete, auf denen westliche Gegenmaßnahmen gegen Übergriffe des Ostens in Berlin ergriffen werden konnten.²⁴ Diese Gegenmaßnahmen wurden im NATO-Rat vereinbart, der z. B. am 26.8.1961 nach dem Bau der Mauer eine einschneidende TTD-Sperre verhängte.²⁵ Seit der Berlin-Krise sind daher die NATO-Partner an der Festlegung der Regeln für die TTD-Erteilung (in Form von Empfehlungen des NATO-Rats) beteiligt. Ihre bisherige Praxis, Deutsche aus dem anderen Teil Deutschlands nur mit TTD einreisen zu lassen, wurde damit Teil einer NATO-Vereinbarung.²⁶

4) TTD-Regeln

Das ATO hatte schon immer eine gewisse TTD-Sperre praktiziert und so unerwünschte Reisen hoher SBZ-Funktionäre ins westliche Ausland verhindert.²⁷ Die während der Berlin-Krise am 9.3. und am 24.9.1960 eingeführte TTD-Sperre für bestimmte Personengruppen wurde nach dem Bau der Mauer

²² Die Wörter „der SBZ“ wurden von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er ein: „dem anderen Teil Deutschlands“.

²³ Dem Vorgang beigelegt. Für den Wortlaut des Schreibens des Generalsekretärs der Alliierten Hohen Kommission, Geppert, an Ministerialdirektor Blankenhorn vgl. VS-Bd. 4142 (II A 1).

²⁴ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er ein: „Es galt als eine der westlichen Gegenmaßnahmen.“

²⁵ Vgl. dazu Dok. 31, Anm. 8.

²⁶ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Schütz handschriftlich eingefügt: „Über die Wirksamkeit dieser Regelung in Spannungszeiten gibt es geteilte Meinungen. Die ‚Wirksamkeit‘ heute ist mehr als zweifelhaft.“

²⁷ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Das ATO hatte eine gewisse TTD-Sperre praktiziert. Einige, aber nicht alle der unerwünschten Reisen hoher DDR-Funktionäre ins westliche Ausland konnten verhindert werden.“

am 26.8.1961 wesentlich verschärft. Diese TTD-Sperre, die sich auch auf Sport, Wissenschaft und Kultur erstreckte, wurde dann am 2.5.1963²⁸, am 18.3.1964²⁹, am 30.6.1965³⁰, am 1.2³¹ und am 7.12.1966 weitgehend abgebaut. Heute werden nur noch für Reisen mit eindeutig politisch-propagandistischem Charakter keine TTDs erteilt (nur etwa 1% aller TTD-Anträge wird zur Zeit abgelehnt).³² Dem NATO-Rat liegt ein Vorschlag der drei ATO-Mächte und Deutschlands zur Beschlußfassung vor, nach dem auf ausdrücklichen Wunsch eines NATO-Partners im Einzelfall Ausnahmen von der geltenden TTD-Regelung gemacht werden können. Damit kann praktisch allen besonderen Interessen des westlichen Auslandes – ohne Aufsehen und ohne das TTD-System zu gefährden – Rechnung getragen werden.³³

VS-Bd. 4142 (II A 1)

²⁸ Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 9. Mai 1963; AAPD 1963, I, Dok. 163.

²⁹ Vgl. dazu die Aufzeichnung der Politischen Abteilung II vom 10. April 1964; AAPD 1964, I, Dok. 91.

³⁰ Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 8. Juli 1965; VS-Bd. 3563 (II 1); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. dazu ferner die Aufzeichnung des Referats II A 1 vom 2. Dezember 1965; AAPD 1965, III, Dok. 442.

³¹ Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 3. März 1966; VS-Bd. 4140 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. dazu ferner den Drahterlaß des Ministerialdirektors Werz vom 10. Mai 1966 an die Botschaft in Washington; AAPD 1966, I, Dok. 143.

³² An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Schütz handschriftlich eingefügt: „Allerdings hinderten die Behörden in Ostberlin alle Bürger, deren Tätigkeit nicht im direkten Interesse des Regimes liegen, die Anträge zu stellen.“

³³ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Es bleibt zweifelhaft, ob damit allen besonderen Interessen des westlichen Auslandes – vor allem aber allen Reisewünschen der Deutschen aus dem anderen Teil unseres Landes – Rechnung getragen wird. Es ist natürlich auch zweifelhaft, ob die Deutschen drüben mehr Bewegungsspielraum bei Abschaffung der TTD-Regelung erhalten. Der freie Teil Deutschlands würde jedoch eine Barriere beseitigen.“

Bundeskanzler Kiesinger an Präsident Johnson

MB 1238/67

4. April 1967¹

Sehr verehrter Herr Präsident,

ich danke Ihnen herzlich für Ihren Brief vom 11. März 1967.² Ich begrüße sehr Ihren Vorschlag eines kontinuierlichen und umfassenden Gedankenaustauschs und hoffe, daß wir bald Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch haben werden.

Ich hatte mich über die Nachricht, daß Sie vielleicht selbst bald zu einem Besuch nach Europa und dabei auch nach Bonn kommen würden, aufrichtig gefreut. Sollten Sie diesen Plan nicht verwirklichen, so würde ich Ihre Anregung gerne aufgreifen, daß wir uns in absehbarer Zeit zu einem Meinungsaustausch treffen, wo und wann Sie dies für nützlich halten. Vielleicht kann ich über diese Frage in den nächsten Tagen mit Herrn Vizepräsidenten Humphrey sprechen³, über dessen Besuch wir uns freuen.

In meiner Regierungserklärung habe ich, wie Sie wissen, auf die hohe Bedeutung unseres Bündnisses mit den Vereinigten Staaten hingewiesen. Ich sagte dabei: „Diese Regierung wird keine der großen Hilfen vergessen, die uns die Vereinigten Staaten in den vergangenen beiden Jahrzehnten geleistet haben. Sie weiß, daß das Bündnis mit den Vereinigten Staaten und den übrigen Partnern des Nordatlantischen Pakts auch heute und in der Zukunft, die wir zu überblicken vermögen, für uns lebenswichtig ist.“⁴

Diese Überzeugung wird von der überwältigenden Mehrheit unserer Bevölkerung geteilt. Ich habe in meiner Regierungserklärung hinzugefügt, daß jedes Bündnis nur soviel wert ist und nur soviel Festigkeit hat wie das Vertrauen der Bündnispartner zueinander, daß ihre vitalen Interessen vom Partner verstanden und berücksichtigt werden. Und ich habe es deutlich ausgesprochen, daß dies sowohl für uns wie für die Vereinigten Staaten gelte.

¹ Durchdruck.

Staatssekretär Schütz wies Bundesminister Brandt am 4. April 1967 darauf hin, daß das Auswärtige Amt ohne Einfluß auf die letzte Fassung des Schreibens gewesen sei, obwohl es einen ersten Entwurf konzipiert habe. Das Bundeskanzleramt habe zwar den Hinweis aufgegriffen, daß „die bilateralen Gespräche über das Rotationssystem der Amerikaner [...] nur in Vorbereitung der Erörterungen im Rahmen der NATO durchgeführt werden“ sollten. Dafür sei aber der Anregung, bei der Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen auch die Gespräche von Brandt vom 7. bis 11. Februar 1967 in Washington zu erwähnen, nicht entsprochen worden. Schließlich sei auch „ziemlich am Anfang des Briefes“ der Satz hinsichtlich der „Anteilnahme an den Problemen und Sorgen der Vereinigten Staaten“ wegen des Vietnam-Krieges erst nachträglich aufgenommen worden. Schütz führte weiter aus, daß er den Chef des Bundeskanzleramts, Knieper, um Änderung dieses Passus gebeten habe, da er „persönlich Zweifel hätte, ob es notwendig und sinnvoll ist, den Vietnam-Krieg zu erwähnen. Herr Knieper teilte [...] daraufhin mit, daß der Brief schon abgesandt ist.“ Vgl. VS-Bd. 4215 (II); B 150, Aktenkopien 1967.

² Für das Schreiben des Präsidenten Johnson vgl. FRUS 1964–1968, XIII, S. 546–549.

³ Für das Gespräch vom 5. April 1967 vgl. Dok. 120.

⁴ Für diesen Passus aus der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3663.

Auch diese Überzeugung wird vom deutschen Volk geteilt. Unsere beiden Länder haben ihre Sorgen und Probleme, die vom Bündnispartner Verständnis, und wo dies möglich ist, Unterstützung fordern. Nur auf diese Weise bleibt ein Bündnis in den Wechselfällen der geschichtlichen Entwicklung dauerhaft und fest. Seien Sie überzeugt, daß ich mit großer Anteilnahme Ihre eigenen Probleme und Sorgen, insbesondere die schwere Last des Krieges in Vietnam verfolge.

Ich habe in den vergangenen Wochen gelegentlich meiner Sorge über die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern Ausdruck gegeben und gesagt, daß ein intensiverer und umfassenderer Austausch der Meinungen und Absichten wünschenswert sei um des notwendigen gegenseitigen Verständnisses willen, vor allem, wenn es um Entscheidungen von großer Tragweite geht.

Es ist mir daher ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen für das Verständnis zu danken, daß Sie für diese Sorge zeigten, und für die Initiativen, die Sie ergriffen haben. Sie haben nicht nur mir, sondern auch dem deutschen Volk das Vertrauen in die künftige Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen bestärkt. Diesen freundschaftlichen und engen Beziehungen messe ich, ohne die Möglichkeiten meines Landes ungebührlich zu überschätzen, nicht nur im Blick auf die Interessen unserer beiden Völker, erhebliche Bedeutung bei.

Zu den von Ihnen berührten Problemen möchte ich folgendes bemerken:

Meine Regierung ist sich der großen Bedeutung der Dreiergespräche bewußt. Sie begrüßt es daher, daß ein erfolgreicher Abschluß dieser Gespräche, die Ihrer Initiative zu verdanken sind⁵, bald zu erwarten ist. Ich freue mich, feststellen zu können, daß die Auffassung der Vereinigten Staaten, die Sie in Ihrem Schreiben erläutern, weitgehend mit den Vorstellungen meiner Regierung übereinstimmt. Ich teile Ihre Meinung, daß die Stärke und die Gliederung der Streitkräfte der NATO ausschließlich nach den Erfordernissen der gemeinsamen Sicherheit und nicht unter dem Einfluß vorübergehender finanzieller Schwierigkeiten bestimmt werden sollten.

Wie Sie wissen, hat das bisher angewandte System des Devisenausgleichs für die in Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte durch deutsche militärische Beschaffungen in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren zu wachsenden Schwierigkeiten geführt, die zeitweise die Beziehungen unserer beiden Länder belastet haben. Ich begrüße daher lebhaft Ihren Vorschlag, dieses System aufzugeben und durch Regelungen zu ersetzen, die dem Problem besser gerecht werden. Mit Befriedigung habe ich erfahren, daß die zu diesem Zweck mit Unterstützung der Bundesregierung geführten Verhandlungen zwischen der Deutschen Bundesbank einerseits und dem Federal Reserve System und der US-Treasury andererseits soweit gediehen sind, daß eine Regelung in Kraft treten kann, die einer Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz dient.⁶

⁵ Zum Vorschlag vom 25. bzw. 26. August 1966 vgl. Dok. 23, Anm. 14.

⁶ Vortragender Legationsrat Hermes teilte der Botschaft in Washington am 31. März 1967 mit: „Unterstaatssekretär Deming und Chairman Martin haben der Deutschen Bundesbank das Einverständnis mit den zwischen der Bundesbank und der US-Treasury bzw. dem Federal Reserve Board vorbereiteten Abmachungen über die Anlage von 500 Mio. Dollar in mittelfristigen ameri-

Die deutsche Regierung weiß, daß bei den Dreiergesprächen dem Bemühen um eine befriedigende Regelung des Devisenausgleichs für die in Deutschland stationierten britischen Streitkräfte besondere Bedeutung zukommt. Dank der kooperativen Haltung Ihrer Regierung ist es der Bundesregierung möglich geworden, trotz der überaus angespannten deutschen Haushaltslage der britischen Regierung ein neues Angebot zu machen. Auf der Grundlage dieses Angebots konnte in den Dreiergesprächen in Washington am 20. und 21. März 1967 eine weitgehende Einigung erzielt werden.⁷ Ich hoffe, daß die beteiligten Regierungen bald zu abschließenden Vereinbarungen kommen werden.

Ich verkenne nicht, daß weite Kreise im Kongreß und in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten für eine drastische Verminderung der amerikanischen Streitkräfte in Europa eintreten. Um so mehr begrüße ich Ihre eigene entschiedene Haltung in dieser Frage.

Ich habe mit Interesse den von Ihnen erwähnten und von Herrn McCloy erläuterten Plan⁸ eines begrenzten, turnusmäßigen Austauschs von Truppen zur Kenntnis genommen. Ich bin darüber unterrichtet worden, daß in den Dreiergesprächen in Washington am 20. und 21. März zur Vorbereitung der Beratungen in der NATO eine gemeinsame deutsch-amerikanische Prüfung des Rotationsplans, der zur Zeit vom amerikanischen Verteidigungsministerium ausgearbeitet wird, vereinbart worden ist.

Sie wissen, Herr Präsident, daß die im anderen Teil Deutschlands massierten sowjetischen Streitkräfte, deren Kampfkraft in den letzten Jahren ständig verstärkt wurde, Anlaß zu ernststen Sorgen in der deutschen Bevölkerung geben. Die deutsche Regierung ist daher der Auffassung, daß eine Rückziehung oder Rückverlegungen alliierter Streitkräfte grundsätzlich in Zusammenhang mit einer angemessenen Verminderung der sowjetischen Streitkräfte im anderen Teil Deutschlands und in Osteuropa gebracht werden sollten. Die deutsche Regierung hält es daher für wichtig, daß die Allianz das Ziel einer schrittweisen und ausgewogenen Verminderung der Truppenstärken in Ost und West nicht aus den Augen verliert, auch wenn sich seiner Verwirklichung vorübergehende Schwierigkeiten entgegenstellen. Ich schlage daher vor, daß die in den Dreiergesprächen begonnene Prüfung dieser Frage auch nach dem Abschluß dieser Gespräche fortgesetzt wird.

Hinsichtlich des Problems der internationalen Liquidität haben mir meine Mitarbeiter berichtet, daß die gemeinsamen Besprechungen im IWF und in der Zehnergruppe einen guten Verlauf nehmen, so daß die Fertigstellung eines für

Fortsetzung Fußnote von Seite 531

kanischen Schatzanweisungen (in vier gleichmäßigen Raten, beginnend im Juli 1967 und endend im April 1968) telegrafisch erklärt. Das Auswärtige Amt hat der Bundesbank daraufhin bestätigt, daß der Austausch der vorgesehenen Briefe nunmehr erfolgen kann.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 300; VS-Bd. 5107 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Für den Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten der Bundesbank, Blessing, und dem Vorsitzenden der amerikanischen Notenbank, Martin, vom 30. März bzw. 13. April 1967 sowie für das Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger vom 30. März 1967 an Blessing vgl. HEARINGS BEFORE THE COMBINED SUBCOMMITTEE OF FOREIGN RELATIONS AND ARMED SERVICES COMMITTEES ON THE SUBJECT OF UNITED STATES TROOPS IN EUROPE, U.S. Senate, 90th Congress, 1st Session, 3. Mai 1967, Washington D.C. 1967, S. 81 f.

⁷ Vgl. dazu Dok. 109.

⁸ Für das Gespräch mit dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten am 4. März 1967 vgl. Dok. 87.

alle annehmbaren Pläne für den Eventualfall (contingency-plan) in absehbarer Zeit möglich erscheint.⁹ Die deutsche Regierung wird hierzu nach ihren besten Kräften beitragen. Ich habe angeordnet, daß ich über den Fortgang der Beratungen ständig unterrichtet werde.

Ihre Bemerkungen zur Frage eines Nichtverbreitungsvertrages, insbesondere Ihre Zusicherung gründlicher und die notwendige Zeit berücksichtigender Konsultationen mit dem Ziel, Lösungen zu erarbeiten, die auch für die Bundesrepublik annehmbar wären, habe ich mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Sie wissen, daß die prinzipielle Haltung der Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik und die völlig unberechtigten Angriffe, Anschuldigungen und Drohungen führender sowjetischer Politiker gegen die Politik der Bundesregierung¹⁰ für uns in diesem Zusammenhang ein besonders schwieriges Problem darstellen. Das deutsche Volk erwartet von seiner Regierung, daß sie ihre Entscheidung in dieser hochwichtigen Frage nach ihrer eigenen Einsicht und ihrem eigenen Gewissen trifft. Das heißt, daß sie dabei ebenso das hohe Ziel internationaler Entspannung und Friedenssicherung wie die Lebensinteressen unseres eigenen Landes im Auge behält. Die Besprechungen, die ich vor kurzem mit Botschafter Foster¹¹ in dieser Frage hatte, sind, wie ich hoffe, für den weiteren Fortgang unserer Beratungen nützlich gewesen. Auch bei der Lösung dieser Frage hat meine Regierung den Bestand und die Dauerhaftigkeit unseres Bündnisses und die gemeinsamen Interessen unserer beiden Völker im Auge.

Ich danke Ihnen, Herr Präsident, für die freundlichen Wünsche, die Sie mir und meiner Familie gesandt haben. Meine Frau und ich erwidern diese guten Wünsche für Sie selbst, für Mrs. Johnson und Ihre Familie auf das Herzlichste.

Aufrichtig
[gez.] Ihr Kiesinger

VS-Bd. 10078 (Ministerbüro)

⁹ Vgl. dazu Dok. 147, Anm. 17.

¹⁰ Vgl. dazu die sowjetische Erklärung vom 28. Januar 1967 „über den Nazismus und Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland“; DzD V/1, S. 403–409. Für Auszüge vgl. Dok. 38, Anm. 9, und Dok. 44, Anm. 7.

¹¹ Für das Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde vom 9. März 1967 vgl. Dok. 92.

**Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom,
an das Auswärtige Amt**

Z B 6-1-11864/67 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 228

Aufgabe: 5. April 1967, 10.10 Uhr
Ankunft: 5. April 1967, 11.32 Uhr

Betr.: Gespräche des Herrn Bundesministers des Auswärtigen mit Delegationschefs der WEU-Staaten vor der Ratstagung¹

Bundesminister hatte eingehende Unterhaltungen mit den Ministern Fanfani, Luns, Brown, Grégoire, van Elsanle und Generalsekretär Alphand. Hierbei wurden folgende Themen berührt.

1) Gipfelkonferenz Rom²

Botschafter Alphand äußerte sich gegenüber Bundesminister und Italienern dahin, daß wohl voraussichtlich mit einer Teilnahme de Gaulles zu rechnen sei, nachdem der General bereits bei Erhalt der Einladung sich mündlich wohlwollend geäußert habe. Alphand rechnet damit, daß endgültige Antwort schon nächste Woche erfolgt.³ Er gab unmißverständlich zu verstehen, daß Beitritt Großbritanniens nicht auf Tagesordnung stehen dürfe und nicht im Konferenzsaal behandelt werden sollte. Gespräche am Rande der Konferenz könne man selbstverständlich führen. Italiener nehmen, falls de Gaulles Zusage bald kommt, Termin um den 10. Mai in Aussicht.⁴ Fanfani beabsichtigt, Gipfelkonferenz in Rom nicht durch große Tagesordnung zu belasten. Man müsse sich damit begnügen, kleinen Schritt nach vorwärts zu machen. Am 1. Tage werde 10jähriges Jubiläum Römischer Verträge gewürdigt werden, am 2. Tage könnte man Fragen wie Ost-West-Probleme (da darüber weitgehend Einigkeit bestehe und infolgedessen keine Schwierigkeiten zu erwarten wären) behandeln und die Fusion abschließend besprechen, im übrigen eine Formel finden, die es gestattet, daß die Regierungschefs oder Außenminister zu gegebener Zeit sich erneut zur Behandlung politischer Fragen treffen.

¹ Zur WEU-Ministerratstagung am 4./5. April 1967 in Rom vgl. Dok. 119.

² Zum Vorschlag des italienischen Außenministers Fanfani, anlässlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften zu veranstalten, vgl. Dok. 8.

³ Zur Frage einer Teilnahme des französischen Staatspräsidenten vgl. Dok. 17, besonders Anm. 7. Am 11. April 1967 informierte der Generalsekretär im französischen Außenministerium, Alphand, Botschafter Kläiber, Paris, darüber, daß Staatspräsident de Gaulle am Vortag seine Bereitschaft zur Teilnahme an der geplanten Konferenz der Staats- und Regierungschefs mitgeteilt habe: „Allerdings gehe de Gaulle davon aus, daß das Gipfeltreffen ohne feste Tagesordnung einberufen werde. Gesprächsgegenstand könnten der weitere Ausbau der EWG zur Wirtschaftsunion, die Fusion der Exekutiven, Ost-West-Probleme und sonstige gemeinsam interessierende politische Fragen sein. Lediglich die Angelegenheit des Eintritts Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt halte de Gaulle noch nicht als Gesprächsthema am Konferenztisch in Rom für geeignet. Sollten die EWG-Partner mit dieser französischen Auffassung übereinstimmen, so sei der General bereit, persönlich nach Rom zu kommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 591; Ministerbüro, Bd. 332.

⁴ Am 28. April 1967 unterrichtete der italienische Botschafter Luciolli Bundesminister Brandt darüber, „daß sich alle sechs Regierungen der EWG mit der Wahl des 29. und 30. Mai für das geplante Treffen in Rom [...] einverstanden erklärt haben“. Für das Schreiben vgl. Referat I A 2, Bd. 1195.

Im Gespräch mit Fanfani und Grégoire hat Bundesminister Standpunkt vertreten, daß Harmels Ideen⁵ (Konsultationsabsprache) nicht weiterführen. Derartige Absprache wäre an sich vernünftig, weiterer Gedanke, Briten sofort zu beteiligen, wäre aber bedenklich und würde auf Widerstand stoßen.

2) Fusion der Gemeinschaftsorgane und Nachfolge Hallsteins⁶

Außenminister sind übereinstimmend der Auffassung, daß schon vor Gipfelkonferenz Rom über nunmehrige Durchführung der Fusion endgültige Klarheit geschaffen werde müsse. Bundesminister unterrichtete seine Kollegen über bisherige Besprechungen zwischen Deutschland und Frankreich, wobei Amtsdauer Hallsteins mit berührt wurde. Es liege hinsichtlich des Rücktrittsdatums Hallsteins noch kein Einverständnis mit Franzosen vor. Deutsche Regierung sei dafür eingetreten, daß Hallstein noch neun Monate bis ein Jahr nach Bildung der neuen Kommission im Amt bleibe. Diese Übergangsperiode habe Hallstein aufgrund seiner großen Leistungen verdient. Außerdem erfreue sich Hallstein großen Ansehens im Deutschen Bundestag. De Gaulle habe aber auf 31. Dezember 1967 bestanden. Auch Botschafter Alphand äußerte sich in Rom im gleichen Sinne. Infolge der französischen Wahlen habe sich der Besuch Couves in Bonn verzögert.⁷ Er hoffe, daß bald eine deutsch-französische Einigung über Hallstein zustande komme. Er versprach Fanfani sofortige Unterrichtung. Die Fusion sollte spätestens am 1. Juli in Kraft treten.

Als Nachfolger für Hallstein schlug Minister Luns Mansholt vor. Bundesminister wies darauf hin, daß Franzosen wohl Mansholt ablehnen würden. Minister Fanfani erklärte, daß italienische Regierung aus Loyalität gegenüber deutschen Bundesgenossen nicht über Nachfolger Hallsteins sprechen werden, bis Einigung über Übergangszeit Hallsteins erreicht sei. Gerüchtweise werden als Kandidaten für Nachfolge Hallsteins genannt: italienischer EWG-Kommissar Colonna und belgischer EWG-Kommissar Rey. Belgischer Minister äußerte sich über Nachfolge nicht, da Kommission sich in Brüssel befinde. Aus Gespräch Alphand ergab sich Eindruck, daß Franzosen vielleicht belgischen Kandidaten Vorzug geben würden. Bundesminister hat italienischer Seite für loyales Verhalten bei der Lösung dieses Problems gedankt, ihnen aber geraten, falls sie auf italienischen Kandidaten Wert legen, diesen schon jetzt zu benennen.

3) Eintritt Großbritanniens in die EWG

Minister Brown erklärte in Gegenwart von Staatsminister Mulley gegenüber Bundesminister, daß britische Regierung voraussichtlich Mitte Mai grundsätzliche Erklärung über Beitritt abgeben werde. Reine Grundsatzerklärung habe nach seiner Meinung verschiedene Nachteile, aber keine Vorteile. Ferner sei er der Ansicht, daß es besser sei, neuen Antrag zu stellen, als alten Antrag zu erneuern.⁸ Endgültige Entscheidung hierüber sei aber noch nicht gefallen.

⁵ Zum Aide-mémoire der belgischen Regierung, das am 20. Februar 1967 Bundesminister Brandt übergeben wurde, vgl. Dok. 82.

⁶ Vgl. dazu auch Dok. 17.

⁷ Zum Besuch des französischen Außenministers Couve de Murville am 28. April 1967 in Bonn vgl. Dok. 134, Anm. 9.

⁸ Auf der EWG-Ministerratstagung vom 28./29. Januar 1963 konnte keine Einigung über einen britischen zur EWG erzielt werden, so daß der Antrag Großbritanniens vom 10. August 1961 formal weiterhin Bestand hatte. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60.

Wilson sei sich noch nicht im klaren. Augenblicklich würde Beitrittsfrage im Kabinett fortlaufend beraten. Eine kleine Minorität sei dagegen; u. a. sei auch mit Rücktritten zu rechnen. Mit der EFTA müsse demnächst über Beitritt gesprochen werden.⁹ Sobald Entscheidung im Kabinett gefallen sei, müsse parlamentarische Fraktion der Labour-Party unterrichtet werden, darauf folge zwangsläufig Debatte im Parlament. Minister Brown legte eindeutig dar, daß ein Hinziehen dieser Prozedur aus innenpolitischen Gründen nicht möglich sei. Mitte Mai würde dieser Prozeß voraussichtlich abgeschlossen sein.

Bundesminister legte noch einmal Gründe dar, aus denen uns späteres Datum für Stellung des Antrages günstiger erscheine.¹⁰ Minister Brown meinte, daß Franzosen wohl kein Veto aussprechen, aber Behandlung des Antrages möglichst verzögern würden. Bundesminister versprach Minister Brown, ihn rechtzeitig über bevorstehendes Gespräch mit französischem Außenminister in Bonn zu unterrichten, soweit es Großbritannien berühre.¹¹

Fanfani legte entscheidenden Wert darauf, daß Briten Antrag auf Beitritt nicht vor Zusage de Gaulles zur Gipfelkonferenz und möglichst auch nicht vor Gipfelkonferenz stellen, da sonst Gipfelkonferenz unnötig belastet werde.

4) Ostpolitik

Bundesminister unterrichtete Fanfani und Alphand über Absichten Bundesregierung, auf sowjetische Erklärung vom Januar Antwort zu erteilen.¹² Alphand meinte, daß eine deutsche Antwort an sich nicht nötig sei, da sowjetische Erklärung ja an alle gerichtet gewesen sei und Fortführung Polemik zu nichts führe. Bundesminister erwiderte, daß Note nicht polemisch sein werde, sondern dazu dienen solle, Dialog mit den Sowjets fortzusetzen.

⁹ Zur EFTA-Ministerratstagung am 28. April 1967 vgl. Dok. 124, Anm. 5.

¹⁰ Am 15. März 1967 bat Staatssekretär Lahr Botschafter Blankenhorn, London, der britischen Regierung mitzuteilen, „daß die Beitrittsverhandlungen erst nach Beendigung der Kennedy-Runde aufgenommen werden sollten, womit wahrscheinlich vor Ende Juni nicht gerechnet werden kann“. Ferner sei zu beachten, daß Frankreich die Unausgeglichenheit der britischen Zahlungsbilanz zum Anlaß nehmen werde, die Verhandlungen hinauszuschieben. Schließlich benötige die EWG-Kommission ein Verhandlungsmandat des Ministerrats; eine „Erörterung im Rat über ein derartiges Mandat birgt die Gefahr der Uneinigkeit in sich, was der Sache nur schaden könnte. Wir haben uns von jeher auf den Standpunkt gestellt, daß die Möglichkeiten des bilateralen Vorgesprächs vor Eintritt in das multilaterale Gespräch auszuschöpfen seien, um das Risiko eines Fehlschlags der letzteren möglichst zu verringern.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 903; VS-Bd. 2427 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

¹¹ Am 28. April 1967 informierte Bundesminister Brandt den britischen Außenminister Brown über die Gespräche mit dem französischen Außenminister Couve de Murville: „1) Im Gegensatz zur bisherigen Haltung ist Frankreich einverstanden, daß auf der Ende Mai in Rom stattfindenden Gipfelkonferenz über alle anstehenden Fragen und damit auch über das Beitrittsproblem Großbritanniens zur EWG gesprochen wird. [...] 2) Couve de Murville ist einverstanden, daß ein etwaiges Beitrittsgesuch Großbritanniens auf einer EWG-Ratstagung noch vor dem 17.7., d.h. vor den Sommerferien, behandelt wird; 3) er hat ausgeführt, daß die Assoziierung Großbritanniens an die EWG nach Auffassung Frankreichs die beste Lösung darstellen würde. Die wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens könnten dadurch ebenso gut befriedigt werden wie durch einen Beitritt. Der Hinweis, daß Großbritannien den Beitritt zum Gemeinsamen Markt nicht zuletzt aus politischen Gründen wünsche, sei nicht stichhaltig, denn der Gemeinsame Markt habe keinen politischen Charakter.“ Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 2492 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

¹² Für die Erklärung vom 28. Januar 1967 vgl. DzD V/1, S. 403–409. Für Auszüge vgl. Dok. 38, Anm. 9, und Dok. 44, Anm. 7.

Zur Frage einer Antwortnote der Bundesregierung vgl. Dok. 65, Anm. 4.

Bundesminister besprach mit Alphand Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien wegen möglicher Rückwirkungen auf dritte Staaten.¹³ Alphand meinte, es wäre an sich besser, wenn Aufnahme Beziehungen mit Jugoslawien gleichzeitig gewissermaßen in einem Paket mit Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einem anderen Oststaate erfolge. Er meinte aber, daß, falls Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ungarn nicht so bald gelingen würde, manches dafür spreche, die Reihe mit Jugoslawien allein fortzusetzen.

5) Nichtverbreitungsvertrag

Fanfani entwickelte gegenüber Bundesminister noch einmal Haltung Italiens und wiederholte im Großen und Ganzen Ausführungen Generalsekretärs Ortomas nach Besuch Humphrey in Rom (siehe Drahtbericht Nr. 221 vom 1.4.1967 – VS-v)¹⁴.

Fanfani unterstrich, daß Vorsicht bei Verhandlungen mit Amerikanern notwendig sei, da Vertrag leicht „schwere Belastung für unsere Enkel“ mit sich bringen könne.

In der NATO-Rats-Diskussion müsse nach Möglichkeit eine wirkliche Erklärung erfolgen. Bundesminister stimmte dem zu und erklärte, daß das NATO-Bündnis gefährdet werde, falls Vertragsentwurf im Zustand der Unreife aus NATO-Behandlung herausgenommen werde.

[gez.] Herwarth

VS-Bd. 2424 (I A 2)

¹³ Am 31. März 1967 übermittelte Botschafter von Walther, Moskau, die Einschätzung, daß die sowjetische Regierung im Falle einer Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Jugoslawien zwar mit der Herstellung von Beziehungen zwischen blockfreien Staaten und der DDR rechne: „Doch dürfte demgegenüber die Sorge Moskaus um eine einheitliche, restriktive Linie der Warschauer-Pakt-Mitglieder in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik den Vorrang haben. Der Versuch der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien würde im Sinn einer Prestige- und Konkurrenzfrage das Interesse einer Reihe Warschauer-Pakt-Staaten an der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik steigern. Dies wiederum würde für die Sowjetunion als Führungsmacht des Warschauer Paktes ein weiterer Grund sein, die intransigenten Grundprinzipien ihrer gegenwärtigen Deutschland-Politik zur Geltung zu bringen und sie veranlassen, den Wünschen Ulbrichts in der Verfolgung seiner Ziele in höherem Maße Gehör zu leihen, als dies vielleicht in ihren Intentionen liegt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 435; VS-Bd. 4259 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

¹⁴ Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, berichtete, dem amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey sei bei seinen Gesprächen mit der italienischen Regierung am 31. März und 1. April 1967 „nochmals klar und scharf“ erklärt worden, daß auch die Nuklearmächte eine Abrüstungsverpflichtung eingehen müßten und hierfür eine allgemeine Erklärung in der Präambel nicht ausreiche: „Italien habe im Hinblick auf seine Mittelmeerlage (Ägypten und Israel) besondere Sicherheitsinteressen. Italien müsse Wert darauf legen, daß Vertrag für möglichst große Zahl von Staaten annehmbar wäre. Vertrag dürfe friedliche Anwendung der Nuklearenergie nicht hindern. Ebenfalls dürfe die von Italien vorgeschlagene Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und technischen Entwicklung nicht behindert werden. Italien müsse darauf Wert legen, daß im Falle europäischer politischer Einigung nukleare europäische Lösung offengehalten werde. [...] Italienischerseits habe man darauf hingewiesen, daß die Sicherheitsgarantie der NATO gegenüber einem nuklearen Angriff zeitlich bedingt sei, während der Verzicht, der den nichtnuklearen Staaten abverlangt werde, dauernd sei. Auch deshalb würde Italien es vorziehen, wenn der Nicht-Verbreitungsvertrag zunächst nur eine versuchsweise Lösung darstelle, die zeitlich begrenzt sei.“ Vgl. VS-Bd. 4272 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

119

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Forster, z.Z. Rom,
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 229

Aufgabe: 5. April 1967, 10.30 Uhr

Ankunft: 5. April 1967, 12.19 Uhr

Betr.: WEU-Ministersitzung in Rom

1) WEU-Ministerrat trat am 4. April in Rom zusammen. Die Mitgliedstaaten waren durch ihre Außenminister vertreten; Belgien durch den Minister für europäische Angelegenheiten van Elslande, Frankreich durch Generalsekretär Alphand. Im Rahmen der politischen Konsultation erörterte der Rat folgende Themen: Ost-West-Beziehungen, die Lage im Kongo und die Beziehungen NATO-WEU.

2) Ost-West-Beziehungen:

Unterstaatssekretär Lupis berichtete über Verlauf und Ergebnisse des Besuche des sowjetischen Staatspräsidenten Podgornyj in Rom.¹ Dieser Besuch habe das Interesse bestätigt, das Moskau an der Verbesserung der Beziehungen zu westlichen Staaten habe. In Bezug auf Deutschland habe Podgornyj den bekannten starren Standpunkt der Sowjetunion vertreten. Eine europäische Sicherheitskonferenz soll nach seiner Ansicht zum Ziel haben, die tatsächlichen Verhältnisse in Europa anzuerkennen. Hierbei sei auch der Gedanke einer vorbereitenden Konferenz erörtert worden. Italiener seien bereit, positiven Beitrag dazu zu leisten, sähen aber die dort zu behandelnden Fragen in Zusammenhang mit dem Problem des europäischen Gleichgewichts. Sicherheitskonferenz solle nach italienischer Ansicht eine Etappe auf dem Wege zu allmählicher Verbesserung der Verhältnisse in Europa auf wirtschaftlichem, kulturellem und menschlichem Gebiet darstellen. WEU-Rat sei geeigneter Ort, Eindrücke der einzelnen Regierungen über ihre Kontakte mit führenden Vertretern des Ostblocks auszutauschen. Italiener hätten den sowjetischen Vertretern gesagt, man solle einer Entspannung in Europa nicht zuviel Hindernisse entgegenstellen und die Bemühungen, die besonders von der Bundesregierung im gegenwärtigen Zeitpunkt zu einer Auflockerung des Ost-West-Verhältnisses unternommen würden, unterstützen.

Bei der Erörterung des Nichtverbreitungsvertrages hätten Italiener sich für allgemeinen Vertrag ausgesprochen, der ihre Interessen wahre. Nach sowjetischer Ansicht sei für eine Lösung in Vietnam ein Ende der amerikanischen Bombenangriffe unbedingte Voraussetzung. Italiener hätten Sowjets aufgefordert, ihre Stimme in Hanoi zur Geltung zu bringen. Am Ende der Gespräche habe Podgornyj auf die Möglichkeit hingewiesen, bilaterale Beziehungen auf zehn Jahre hinaus zu programmieren. Italienischerseits habe man vorsichtig

¹ Zum Aufenthalt des Vorsitzenden des Obersten Sowjet der UdSSR vom 24. bis 31. Januar 1967 in Italien vgl. Dok. 8, Anm. 26.

reagiert und eine solche langfristige Planung nur bei Einzelprojekten (Fiat²) in Aussicht gestellt.

Der Bundesminister berichtete über den Stand der deutschen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und sagte, daß nach unserem Eindruck der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien an der Aufnahme von Beziehungen mit uns gelegen sei, daß Polen dagegen sich starr verhalte. Mit Widerständen gegen eine Aktivierung unserer Ostpolitik hätten wir von vornherein rechnen müssen. Ostberlin und Warschau hätten, unterstützt von Moskau, eine rege diplomatische und propagandistische Tätigkeit entfaltet. Auf der Warschauer Außenministerkonferenz³ sei versucht worden, die unter den kommunistischen Staaten bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die deutsche Entspannungspolitik zu überbrücken. Der dort erzielte Kompromiß stelle nachträgliche Sanktionierung der rumänischen Auslegung der Bukarester Erklärungen vom Juli 1966⁴ dar, wonach Formalisierung nicht gleichbedeutend mit Normalisierung der Beziehungen sei. Diese Unterscheidung ermögliche es den einzelnen kommunistischen Staaten, verbal ihre Solidarität mit Moskau zu bekunden, ohne sich ihrer Handlungsfreiheit bei der Aufnahme von Beziehungen mit uns zu begeben. Von Warschau abgesehen⁵, hätten es die übrigen osteuropäischen Regierungen bisher sorgfältig vermieden, die Frage der Aufnahme von Beziehungen mit Bedingungen zu verknüpfen. In mittelbarem Zusammenhang mit der Warschauer Konferenz ständen die kürzlich zwischen Ostberlin, Prag und Warschau geschlossenen Freundschaftsverträge⁶, durch die die bisher fehlende Einbeziehung der Zone in das bilaterale Vertragsnetz des Warschauer Paktes nachgeholt werde. Als Auswirkung der von Ostberlin entfalteten Aktivität rechneten wir mit einer gewissen Verzögerung der Verhandlungen über die Aufnahme von Beziehungen und auch mit einer gewissen Erschwerung dieser Verhandlungen. Wir würden aber unsere Politik mit Beharrlichkeit und Geduld fortsetzen. Ebenso strebten wir auch die Verbesserung des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses an, das zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen führen solle. Bei unseren Bemühungen, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern, sähe es im Augenblick nicht so aus, als ob wir zu raschen und überzeugenden Ergebnissen gelangen würden. Der Vorwurf, den man uns mache, den anderen Teil Deutschlands isolieren zu wollen, gehe an die falsche Adresse. Wir gingen davon aus, den Komplex der deutschen Teilung aus einer Politik der europäischen Entspannung nicht auszuklammern. Unser Bemühen, die innerdeutsche Situation zu entkräften⁷, begegne aber auf der anderen Seite keinerlei Aufnahmebereitschaft.

² Die Fiat-Werke vereinbarten am 5. Mai 1966 mit der sowjetischen Regierung „die Errichtung einer vollständigen Anlage von Personenkraftwagen in der Sowjetunion“. Das Fiat-Werk entstand in Toljatti (Stawropol). Vgl. den Schriftbericht Nr. 230 des Legationsrats I. Klasse Pfeffer, Rom, vom 10. Mai 1966; Referat III A 6, Bd. 284.

³ Zur Konferenz vom 8. bis 10. Februar 1967 vgl. Dok. 50, Anm. 7.

⁴ Zur Bukarester Deklaration vom 6. Juli 1966 vgl. Dok. 13, Anm. 9.

⁵ Zu den polnischen Vorbedingungen für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik vgl. Dok. 41.

⁶ Am 15. und am 17. März 1967 schloß die DDR mit Polen bzw. mit der Tschechoslowakei Verträge „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Für den Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 740–743 und S. 767–770.

⁷ Korrigiert aus: „entkräften“.

Der Bundesminister betonte, daß die politische Unterstützung unserer Bemühungen durch unsere Verbündeten für uns von großer Bedeutung sei. Er warnte jedoch davor, daß die Krise im westlichen Bündnis den Prozeß der Entspannung ernstlich beeinträchtigen könne. Es spreche manches dafür, daß die sowjetische Führung auf deutsche Angebote deshalb nicht eingehe, weil sie glaube, es zahle sich besser aus, westliche Schwierigkeiten zu Lasten Deutschlands auszunutzen. Dauerhafte Entspannung gedeihe nicht auf dem Hintergrund einer Vertrauenskrise im westlichen Lager. Jede Verständigung auf Kosten von Verbündeten wäre nicht nur kurzfristig, sondern auch gefährlich. Entspannungspolitik erfordere konkrete Verhandlungsziele, die über die Konfrontation der Militärbündnisse hinausweise. Angesichts der Tagesordnung des Rats habe er ein eher bedrückendes Gefühl vom Abstand zwischen Notwendigkeiten und den aktuellen Gegebenheiten der Beratungen. Wenn die WEU sich in der nächsten Zukunft nicht mehr vornehme, könne nichts Entscheidendes erreicht werden. Die Initiative für eine gemeinsame europäische Politik müsse von den Europäern kommen, oder sie werde überhaupt nicht kommen.

Außenminister Brown führte aus, daß in den Ost-West-Beziehungen eine neue Lage entstanden sei. Als entscheidendes Moment nannte er die dramatische Verschlechterung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Er zweifle persönlich daran, daß es zu Lebzeiten Maos zu einer Wiederannäherung zwischen beiden Ländern komme. Dennoch habe die Sowjetunion ihre Karten in Europa geschickt ausgespielt. Sie versuche vor allem, einen Keil zwischen die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten zu treiben. Dies sei besonders deutlich beim Besuch Kossygins in London⁸ geworden. Auch die ständigen Angriffe gegen die Bundesrepublik Deutschland gehörten zu dieser Politik. Diese beiden Linien, auf denen die Sowjetunion agiere, ständen miteinander in Widerspruch. Der Westen müsse versuchen, die schwierige Situation, in die die Sowjetunion dadurch komme, zum eigenen Vorteil zu nutzen. Vor allem müsse der Westen seine Einheit, z.B. in WEU und der Atlantischen Allianz, bewahren; diese Einheit jetzt zu zerstören würde bedeuten, daß der Westen seine stärkste Karte wegwirft, wenn er sie unbedingt spielen muß. Institutionen der westlichen Zusammenarbeit könnten eine wichtige Rolle als Instrument der Entspannung spielen; selbstverständlich könnten jeweils bilaterale Kontakte zum Osten hinzukommen. Die organisatorischen Institutionen könnten sie aber nicht ersetzen.

Anschließend betonte Brown nachdrücklich, daß der beabsichtigte Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion in keiner Weise Großbritanniens Verpflichtungen gegenüber seinen Verbündeten beeinträchtigen würde. Der Vertrag solle nur Rahmen für Entwicklung der bilateralen Beziehungen bilden. Britische Regierung werde bezüglich des Vertrags weiter in Kontakt mit ihren Alliierten bleiben.

Im Zusammenhang mit Besuch Rapackis in London⁹ beglückwünschte Brown

⁸ Zum Aufenthalt des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 6. bis 13. Februar 1967 vgl. Dok. 55, besonders Anm. 8.

⁹ Der polnische Außenminister hielt sich vom 21. bis 27. Februar 1967 in Großbritannien auf. Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, teilte Botschafter Blankenhorn, London, aus den Gesprächen von Rapacki mit Premierminister Wilson und Außenminister Brown

deutsche Regierung zu den Fortschritten, die sie bei Verbesserung der Beziehungen zu osteuropäischen Staaten erzielt habe. Diese Fortschritte beunruhigten die Polen. Polnische Haltung stehe dabei im Kontrast zu der anderer osteuropäischer Regierungen. Er habe Rapacki gesagt, der Moment sei gekommen, polnisch-deutsche Beziehungen zu verbessern; Polen sollten diese Gelegenheit ergreifen.

Frage einer europäischen Sicherheitskonferenz sei ebenfalls behandelt worden. Nach britischer Ansicht wäre derartige Konferenz nützlich, müsse aber so vorbereitet werden, daß auch die offenen europäischen Probleme (deutsche Teilung) behandelt werden könnten. Die Vereinigten Staaten müßten an dieser Konferenz beteiligt werden. Rapacki habe sich hinsichtlich einer amerikanischen Beteiligung wesentlich zurückhaltender geäußert als früher. Brown glaubt, daß es sich lohne, mit den osteuropäischen Regierungen den Gedanken einer Sicherheitskonferenz weiter bilateral zu erörtern; dabei müsse auf westlicher Seite aber engste Verbindung gehalten werden. Die Entspannung müsse soweit vorangetrieben werden, daß Ost und West an einem Tisch gemeinsam die Probleme beraten. Je eher Großbritannien und andere europäische Staaten der EWG beitreten könnten, desto eher werde Westeuropa stark genug sein, um mit Osteuropa zu verhandeln. Daher rühre auch Interesse an der Erhaltung des vor bald 20 Jahren geschaffenen westlichen Sicherheitssystems (NATO und WEU); dieses System sei kein Hindernis für Entspannung, sondern könne vielmehr geeigneten Rahmen bieten.

Belgischer Europa-Minister van Elsslande berichtete über Gespräche mit rumänischem Außenminister in Brüssel und über die polnisch-belgischen Kontakte auf Beamtenebene, die im September 1966 vereinbart worden seien. Aus seinen Ausführungen über Gespräche mit Manescu ist festzuhalten: dessen Befriedigung über Herstellung diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland (wobei er allerdings hinzufügte, es sei logisch, daß beide deutsche Staaten mit anderen normale Beziehungen unterhielten) und seine Bemerkung, daß bei Abschluß eines Nichtverbreitungsvertrages auch Kernmächte Abrüstungsverpflichtungen übernehmen müßten. Außenminister Harmel habe Anregung Manescus, Zusammenarbeit europäischer Länder im Rahmen der ECE der Entspannung dienstbar zu machen, aufgegriffen. In den belgisch-polnischen Experten-Besprechungen (Januar 1967) seien behandelt worden: Gewaltverzicht, Nichteinmischung, britische „Erklärung über Europa“¹⁰ und

Fortsetzung Fußnote von Seite 540

mit, daß es bei der Erörterung der Deutschland-Frage „nicht an Klagen über den neuerwachenden Nationalismus in der Bundesrepublik gefehlt [habe]. Brown hätte all dies zum Anlaß genommen, in einer wohl vorbereiteten, sehr entschiedenen Antwort die Bundesrepublik in Schutz zu nehmen und wirkungsvoll darzustellen, daß weder von einem neuen faschistischen Nationalismus noch Revanchismus die Rede sein könne. [...] Um volle Klarheit zu schaffen, habe Brown von sich aus auch die Frage der Oder-Neiße angesprochen und erklärt, daß die Regelung dieser Frage einem Friedensvertrag mit dem wiedervereinigten Deutschland vorbehalten bleiben müsse und daß die britische Regierung nach wie vor dafür sei, zu gegebener Zeit beiderseits der Oder-Neiße Linie in Abstimmung den Willen der Bevölkerung festzustellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 407 vom 24. Februar 1967; VS-Bd. 4261 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

¹⁰ Zum Entwurf einer britisch-tschechoslowakischen „Deklaration über die Grundsätze europäischer Friedenspolitik“ („Declaration on Europe“), die dem Auswärtigen Amt erstmals am 16. Juli 1966 zur Kenntnisnahme übermittelt wurde, vgl. AAPD 1966, II, Dok. 360, Anm. 35 und 36.

Referat II A 3 bemerkte dazu: „Ob das Projekt verwirklicht werden kann, ist zweifelhaft. Seine ‚Bilateralität‘ ist im Grunde eine Fiktion, da die Deklaration in beiden Paktsystemen erörtert

regionale Sicherheitsmaßnahmen. Der Nichtverbreitungsvertrag sei nur allgemein gestreift worden, da zur Zeit Akzent auf den Genfer Verhandlungen liege. Bei der Erörterung nuklearer Fragen sei man vom Gomulka-Plan¹¹ und von Harmel-Erklärung vom 17.1.1967 ausgegangen; Belgier hätten aber darauf hingewiesen, daß Gomulka-Plan besser ausgewogen sein und territorial erweitert werden müsse sowie nicht nur auf Nuklearwaffen beschränkt bleiben dürfe. Experten-Gespräche würden fortgesetzt. Außerdem bestehe die Idee, in ECE gemeinsam belgisch-polnischen Resolutionsentwurf über Verstärkung der Ost-West-Beziehungen einzubringen. Anschließend gab van Elslande einen Bericht über den Sachstand bezüglich der belgischen Initiative einer interparlamentarischen europäischen Konferenz und über die jugoslawische Idee, parallel dazu eine Konferenz der europäischen Parlamente zu organisieren. Außenminister Luns bezeichnete Entspannung als Ziel, das auch nach niederländischer Ansicht aktiv verfolgt werden müsse, wobei auch bilaterales Vorgehen von Nutzen sei. Zentralen Punkt bilde aber Notwendigkeit, Entwicklung zu vermeiden, bei der Verbesserung der Beziehungen westlicher Staaten zu Osteuropa schneller voranschreite als deutsche Bemühungen in dieser Richtung. Hier sei große Vorsicht am Platze, denn Sowjets verfolgten gleichzeitig zwei Ziele: Entspannung und Isolierung der Bundesrepublik.

Generalsekretär Alphand gab einen Abriß der französischen Bemühungen um Verstärkung der Beziehungen zum Osten auf der Linie de Gaulles: erst Detente, dann Entente, schließlich Kooperation.¹² Er teilte nicht Ansicht des Bundesministers, Sowjetunion wolle gewisse Spannungen im westlichen Lager ausnutzen. Negative Akzente in der Haltung Moskaus und gewisser osteuropäischer Staaten seien vorwiegend dem Einfluß Ulbrichts zuzuschreiben. Zusammenfassend sagte Alphand, Frankreich und Deutschland stimmten in ihren Ansichten bezüglich der Ostpolitik weitgehend überein; diese Haltung sei von der amerikanischen nicht weit entfernt. Im übrigen sei er mit Brown der Meinung, daß die westliche Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa, auch wo sie bilateral betrieben werde, den Zusammenhalt im Westen nicht auflockern dürfe.

Außenminister Grégoire schloß sich in seinen Ausführungen vollinhaltlich der niederländischen Haltung an.

Fortsetzung Fußnote von Seite 541

wurde [...]. Schon um kein Hindernis für eine Entspannungsinitiative zu bilden, [...] haben wir Bedenken nicht gegen den Plan selbst, sondern gegen einzelne Wendungen des Textes geäußert [...]. Die Briten haben uns daher informell in sehr loyaler Weise bei der Textredaktion konsultiert und unsere Anregungen [...] berücksichtigt. Unsere grundsätzlich freundliche Einstellung dürfte sichern, daß wir weiterhin konsultiert werden. Das ist auch notwendig.“ Vgl. die Aufzeichnung für die Konferenzmappe zum Besuch des Bundesministers Brandt vom 12. bis 14. April 1967 in London; VS-Bd. 2510 (I A 5); B 150, Aktienkopien 1967.

¹¹ Nachdem der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomulka, am 28. Dezember 1963 auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf einen Vorschlag über das „Einfrieren“ der Nuklearwaffen in Mitteleuropa angekündigt hatte, konkretisierte die polnische Regierung am 29. Februar 1964 ihre Vorstellungen in einem an Frankreich, Großbritannien, die USA, die UdSSR, die Tschechoslowakei, die Bundesrepublik Deutschland, die DDR, Kanada, Belgien und die Niederlande gerichteten Memorandum. Danach sollten in der Tschechoslowakei, Polen, der DDR und der Bundesrepublik keine weiteren Atomwaffen stationiert und die Produktion in diesen Staaten untersagt werden. Für den Wortlaut der Erklärung von Gomulka sowie des Memorandums vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 180 und D 224 f.

¹² Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 13.

Anschließend betonte der Bundesminister, daß die Bundesregierung die belgische Initiative für eine europäische IPU-Konferenz unter den bisher beschlossenen Bedingungen begrüße, sich aber gegen jede Bestrebung wenden werde, der Zone Sitz und Stimme in diesem Gremium zuzuerkennen. Zur europäischen Sicherheitskonferenz erklärte er, die Bundesregierung wolle jeden vernünftigen Vorschlag prüfen, der dem Abbau der Spannungen in Europa diene, und schließe dabei auch Gedanken einer Sicherheitskonferenz nicht aus. Vor Einberufung einer solchen Konferenz müsse aber geklärt werden, ob begründete Aussicht auf Erfolg bestehe, daß die USA beteiligt würden, und daß Ostberlin nicht auf dem Umweg über diese Konferenz einer staatlichen Anerkennung näherkommen dürfe. Außerdem wies er auf die schwierige Stellung der Bundesrepublik in den Entspannungsbemühungen hin. Die Freunde unserer Freunde müßten nicht sofort auch die unsrigen werden, blieben sie aber länger unsere Feinde, dann werde sich das aber ungünstig auch auf den Kreis der WEU-Mitgliedstaaten auswirken. Wie Alphand gesagt habe, bestehe ein hohes Maß an Übereinstimmung der Regierungen in der Grundhaltung; man dürfe aber nicht glauben, daß man bei der Abstimmung der Auffassungen über den Inhalt der zu erstrebenden europäischen Friedensordnung schon wesentlich vorangekommen sei.

3) Kongo

Van Elslande gab einen Bericht über die letzte Entwicklung der Lage im Kongo, wozu auch Staatssekretär Mulley einige Bemerkungen machte, der außerdem über den Umsturz in Sierra Leone referierte.

4) Beziehungen NATO/WEU:

Generalsekretär gab kurzen Zwischenbericht über bisher im Ständigen Rat geleistete Arbeit, wobei er sich auf Dokument CM (67/2) bezog. Auf seine Bitte erteilten die Minister dem Ständigen Rat den Auftrag, auch noch jene politischen Fragen zu prüfen, die beim bisherigen Arbeiten nicht berücksichtigt wurden. Ein endgültiges Dokument soll der Ministerratssitzung in Den Haag vorgelegt werden.

5) Termin der nächsten Sitzung:

Auf Vorschlag von Luns wurde vereinbart, Termin für die nächste Ministerratstagung am 4. und 5. Juli in Den Haag in Aussicht zu nehmen. Endgültiger Beschluß ist vor allem noch von französischer Zustimmung (nach Regierungsneubildung) abhängig.¹³

[gez.] Forster

VS-Bd. 8520 (Ministerbüro)

¹³ Zur WEU-Ministerratstagung am 4./5. Juli 1967 vgl. Dok. 236, besonders Anm. 7.

120

Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey

Z A 5-49.A/67 geheim

5. April 1967¹

Der Herr Bundeskanzler führte am 5. April 1967 um 12.15 Uhr ein erstes Gespräch unter vier Augen mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Hubert H. Humphrey.²

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, er freue sich über die Möglichkeit, einige der Probleme aus deutscher Sicht erläutern und vielleicht manches Mißverständnis aufklären zu können. Er sei manchmal erstaunt, in deutschen und amerikanischen Zeitungen zu lesen, was in seinem eigenen Kopf angeblich vorgehe. Um so mehr begrüße er diese Gelegenheit, die Situation seiner Regierung im Zusammenhang mit der gesamten Weltlage und insbesondere im Blick auf die Vereinigten Staaten erläutern zu können. In der Presse gebe es zu viele Spekulationen, und die fruchtbare Phantasie mancher Journalisten mache es notwendig, sich ohne das Medium solcher Interpreten auszusprechen. Der Herr Bundeskanzler sagte dann, vielleicht wolle der Vizepräsident ihm jedoch zunächst einige Gedanken vortragen. Der Vizepräsident könne sicher sein, daß alles, was er dem Herrn Bundeskanzler und seiner Regierung sage, mit großer Aufmerksamkeit und Verantwortungsbewußtsein aufgenommen werde.

Vizepräsident *Humphrey* bemerkte, die Probleme, die er während seines kurzen Europa-Besuchs erörtert habe, lägen dem Herrn Bundeskanzler sehr am Herzen und seien weitgehend auch ein Anliegen Deutschlands. Zunächst nenne er die Kennedy-Runde. Diese Zollverhandlungen bedeuteten für die Vereinigten Staaten aus vielerlei Gründen außerordentlich viel. Schlugen sie fehl, so hätten die protektionistischen Kräfte in Amerika einen großen Sieg errungen. Des weiteren würde ein solcher Fehlschlag auch zu einer Verstärkung der isolationistischen Strömung führen. Deswegen sei die Kennedy-Runde von ganz besonderer Wichtigkeit. Natürlich umfasse diese Zollverhandlung viele Probleme, doch glaube er, daß man gute Fortschritte schon erzielt habe. Ein weiteres Thema, das er in Holland, in Italien³ und England schon diskutiert habe, sei der Nichtverbreitungsvertrag. Dieser sei selbstverständlich eine große Sorge für Deutschland und andere Länder. Gleichzeitig messe Präsident Johnson ihm eine hohe Dringlichkeitsstufe bei. Das dritte Thema seiner Gespräche be-

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 6. April 1967 gefertigt und am 14. April 1967 vom Vortragenden Legationsrat Rouget, Bundeskanzleramt, an Legationsrat I. Klasse Wilke übermittelt.

Hat den Staatssekretären Schütz und Lahr am 22. bzw. 24. April 1967 vorgelegen.

² Der amerikanische Vizepräsident besuchte zwischen dem 26. März und dem 10. April 1967 die Niederlande, Großbritannien, Italien, Frankreich und Belgien. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 56, 1967, S. 678–685.

Vom 5. bis 7. April 1967 hielt sich Humphrey in Bonn auf. Für ein zweites Gespräch mit Bundeskanzler Kiesinger am 5. April 1967 vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1967, S. 285–287.

³ Vgl. dazu Dok. 118, Anm. 14.

treffe den Gesamtbereich der Ost-West-Beziehungen. Die Vereinigten Staaten seien interessiert an dem, was die Bundesregierung zur Verbesserung der Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern tue. Viertes Thema sei die Gesamtproblematik der internationalen Liquidität. In dieser Frage sei die deutsche Mitarbeit sehr gut gewesen, wofür er sich besonders bedanken wolle. Ein fünftes Thema behandle das Bündnis und die Stationierung der NATO-Streitkräfte. Präsident Johnson habe ihn gebeten, dem Herrn Bundeskanzler klar zu sagen, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, das zu tun, was als amerikanischer Beitrag zur Sicherheit Westeuropas erforderlich sei. Im Rahmen der Dreiergespräche seien bereits Schritte unternommen worden, die eine bessere Regelung für die Devisenkosten vorsähen, als sie bisher vorhanden gewesen seien. Jedenfalls wolle Amerika in keiner Weise einseitig vorgehen.

Der Vizepräsident fuhr fort, bevor er vor 10 Tagen Washington verlassen habe, habe Präsident Johnson ihn gebeten, dem Herrn Bundeskanzler doch zu sagen, daß es niemals einen stärker prodeutschen amerikanischen Präsidenten gegeben habe als heute. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika lege großen Wert darauf, mit Bundeskanzler Kiesinger so zusammenzuarbeiten und ihn so zu konsultieren, wie er dies mit dem Vorgänger des Herrn Bundeskanzlers⁴ sowie anderen getan habe. Amerika lege auf das Verhältnis zu Deutschland sehr großen Wert und wolle in ein offenes und freies Gespräch eintreten. Der Präsident habe darauf hingewiesen, daß er in Johnson City und Fredericksburg mit deutschen Jungen und Mädchen aufgewachsen sei. Der Präsident habe die Deutschen gern und wolle dem Verhältnis zur Bundesrepublik und zum Herrn Bundeskanzler persönlich höchste Priorität zumessen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wolle gleich zu Anfang dieses Gesprächs versuchen, einige Mißverständnisse aufzuklären, die möglicherweise seit Bildung dieser Bundesregierung in Washington aufgetreten seien. Vielleicht gebe es sogar einige Leute in Amerika, die Mißverständnisse schaffen wollten.

Vizepräsident *Humphrey* warf ein, ein paar solcher Leute gebe es sicherlich.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, solche Leute gebe es wohl überall. Er wolle aber ganz klar sagen, daß seine Regierung keineswegs wünsche, das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu schwächen, sondern im Gegenteil diese Beziehungen zu stärken. Dies liege im ureigensten deutschen Interesse, denn in der heutigen Welt könne Europa sich nur gemeinsam mit Amerika gegen die gemeinsame Gefahr durchsetzen und gemeinsame Chancen wahrnehmen. Vielleicht habe die Wiederbelebung des deutsch-französischen Vertrages⁵ an einigen Stellen Anlaß zu der Meinung gegeben, als wolle die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit und kooperative Politik mit Frankreich deswegen beleben, um von Amerika und dem atlantischen Bündnis wegzukommen. Nichts wäre unwahrer als das. Er habe schon anderen amerikanischen Besuchern (Botschafter McGhee, Mr. McCloy usw.) dargetan, daß die Bundesregierung General de Gaulle und seinen Mitarbeitern ganz klar gemacht habe, daß sie unter keinen Umständen den französischen Schritt tun könne, sich aus dem

⁴ Ludwig Erhard.

⁵ Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

integrierten NATO-System zurückzuziehen.⁶ Die Zusammenarbeit mit Frankreich habe gerade erst wieder neu eingesetzt, und der Vertrag bedürfe der Interpretation. Man sei nun dabei festzustellen, wo es Gebiete für ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich gebe, und wo notwendigerweise die jeweiligen Positionen unterschiedlich sein müßten. Er kenne die Gespräche, die früher mit de Gaulle geführt worden seien, und habe gerade deswegen besonderen Wert darauf gelegt, nichts im Unklaren zu lassen, sondern ganz genau auszusprechen, wo Einigkeit und wo verschiedene Meinungen gegeben seien. De Gaulle habe sich dieser Methode auch völlig angeschlossen, was insbesondere in den Abschlusßerklärungen beider Seiten⁷ zum Ausdruck gekommen sei. Er sehe daher nicht den geringsten Grund, warum eine deutsch-französische Zusammenarbeit, die sich insbesondere im Gebiet des Verhältnisses zu Osteuropa und überhaupt im europäischen Bereich abspielen werde, das deutsche Verhältnis zur NATO und den Vereinigten Staaten in irgendeiner Weise stören könnte. Er sei im Gegenteil felsenfest davon überzeugt, daß Deutschland längerfristig gesehen sogar dazu beitragen könne, selbst die französische Haltung gegenüber der NATO wiederum etwas positiver zu gestalten.

Vizepräsident *Humphrey* stimmte dieser Auffassung zu.

Der Herr *Bundeskanzler* bekräftigte, dies sei jedenfalls die deutsche Absicht.

Vizepräsident *Humphrey* betonte, die amerikanische Regierung halte ein enges deutsch-französisches Verhältnis für wesentlich für ein starkes und unabhängiges Europa. Bei richtiger Konsultation zwischen Deutschland und Amerika könne dies nur Gutes zeitigen. Die Stimmen, die in seinem Lande laut geworden seien und Zweifel und Sorge über den deutsch-französischen Vertrag und das deutsch-französische Verhältnis ausgedrückt hätten, seien keine verantwortlichen Stimmen von Regierungsseite. Amerika habe das deutsch-französische Verhältnis gefördert, das natürlich nicht zu Lasten anderer gehen dürfe, sondern dazu dienen müsse, die Gesamtlage zu verbessern.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, er habe sogar Komplimente in der amerikanischen Presse erhalten (und sich darüber gefreut), daß die Bundesregierung nunmehr gegenüber den Vereinigten Staaten eine unabhängigere Haltung einnehmen wolle. Sicherlich begehe er keinen Vertrauensbruch, wenn er dem Vizepräsidenten nun etwas von seinem Gespräch mit de Gaulle mitteile. De Gaulle habe in dieser Unterhaltung gesagt, die Deutschen seien alle (sogar Adenauer) den Amerikanern gegenüber zu folgsam. Frankreich wolle eine unabhängige Politik verfolgen. Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf erwidert, er werde gewiß keine Politik verfolgen, die man als „folgsam gegenüber Amerika“ bezeichnen könne. Er sei aber der Auffassung, daß es gemeinsame Interessen gebe, die eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit und insbesondere das deutsche Verbleiben im integrierten System der NATO sowie das Verbleiben der amerikanischen Truppen auf deutschem Boden erforderten.

⁶ Zum Ausscheiden der französischen Streitkräfte aus der militärischen Integration der NATO am 1. Juli 1966 vgl. Dok. 7, Anm. 9.

Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten, McCloy, am 16. Dezember 1966 und mit dem amerikanischen Botschafter McGhee am 20. Dezember 1966 vgl. AAPD 1966, II, Dok. 400 bzw. Dok. 406.

⁷ Für die deutsch-französische Regierungsbesprechung am 14. Januar 1967 vgl. Dok. 19.

Er betrachte sich nicht als einen Satelliten, sondern als einen Verbündeten. Natürlich wisse er, daß Deutschland kein sehr großes Land sei und es immer zu Problemen führe, wenn eine sehr große Macht mit einer kleineren verbündet sei. Bei gegenseitigem Verständnis sollten aber die daraus resultierenden Fragen gelöst werden können. Er habe dann darauf hingewiesen, daß man nützlicherweise vielleicht überlegen sollte, inwieweit die Interessen Amerikas, das selbstverständlich in Europa amerikanische Lebensinteressen vertrete, mit den europäischen Interessen übereinstimmten. Als der kalte Krieg auf seinem Höhepunkt gewesen sei, sei diese Übereinstimmung vielleicht fast hundertprozentig gewesen. Jetzt sei dies möglicherweise etwas anders, denn die Vereinigten Staaten hätten weltweite Sorgen, was notwendigerweise zu einer gewissen Verlagerung führe. Setze man sich aber hin und spreche über diese Dinge, wie Unabhängigkeit, kleine Länder, Großmächte, und vergleiche einmal die jeweiligen Interessen mit dem Ziel, die übereinstimmenden Interessen festzustellen, so könne man von dieser Grundlage aus weiter diskutieren. Gewiß habe er de Gaulle nicht überzeugt und de Gaulle habe ihn nicht überzeugt. Dennoch glaube er und habe dies auch einigem entnommen, was de Gaulle gesagt habe, daß de Gaulle wie jeder andere wisse, daß die Zukunft Europas ohne enge Bande zwischen Europa und Amerika nicht gesichert werden könne. De Gaulle glaube dies, auch wenn er eine Politik der Unabhängigkeit verfolge.

Vizepräsident *Humphrey* sagte, tatsächlich habe es, als der kalte Krieg auf seinem Höhepunkt gewesen sei, gegolten, sich gegen den Strom einer potentiellen kommunistischen Aggression zu stellen, und dies sei der Zement gewesen, der das Bündnis zusammengehalten habe. Nunmehr sei man in eine neue Periode eingetreten, in der Westeuropa viel stärker sei und die einzelnen europäischen Länder sehr viel blühender geworden seien, eine moderne Industrie aufgebaut hätten, so daß ein völlig neues Gesamtbild entstanden sei. Dies bedeute nicht, daß die sowjetische Bedrohung nicht mehr vorhanden sei. Er gehöre nicht zu den Leuten, die meinten, man habe nun eine Entspannung. Das Wort Entspannung habe einen ganz besonderen Charakter. Er habe Botschafter McGhee gesagt, allzu oft verwende man die Worte zu leichtfertig. Wenn man einem Mädchen sage, man habe es gern, so dies ganz anders, als wenn man zu ihm sage: „Ich liebe dich“. Man müsse also auf die Worte achten, die man sage. „Entspannung“ bedeute, daß alle Probleme gelöst oder beiseite geschoben seien. Ein solcher Zustand sei aber noch nicht erreicht. Natürlich hoffe Amerika, ein besseres Verständnis fördern zu können und zu erreichen, daß die Sowjetunion und die NATO-Länder gemeinsam ein vernünftiges Verhältnis fänden, was letztlich bedeute, daß die Sowjetunion ihr Verhältnis zum Westen vernünftiger betrachte. Deswegen ermutige Amerika Ost-West-Sondierungen, Handel und kulturellen Austausch. Die Sowjetunion sei heute vorsichtiger geworden, nicht etwa, weil der Westen weich gewesen sei, sondern weil er fest geblieben sei, gleichzeitig aber nach Mitteln und Wegen gesucht habe, um darzutun, daß er vernünftig vorzugehen gedenke und eine friedliche Koexistenz wünsche. Wer meine, daß die NATO heute keine Rolle mehr spielen müsse, weil Europa stabiler geworden sei und eine Entspannung sich abzeichne, falle einem Irrtum anheim. Er (der Vizepräsident) glaube, daß die NATO jetzt eine neue Rolle übernehmen müsse. Man löse ja auch nicht die Polizei auf, wenn die Verbrechen zurückgingen. Die neue Rolle der NATO bestehe darin, in ver-

stärktem Umfang vielerlei Fragen zu beraten und sich gegenseitig zu konsultieren, damit die einzelnen Mitgliedstaaten in ihren Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern keine getrennten Wege gingen. Natürlich sei die tatsächliche Durchführung der Politik jeweils bilateral, aber es müsse eine Verständigung aller Partner erzielt werden, wie man vorgehen solle. Ein Grund dafür, warum es bei manchen Sprechern Mißverständnisse gebe, liege darin, daß eine neue Situation heute gegeben sei. Es gebe heute ein neues Europa und einen neuen europäischen Nationalismus, denn die Europäer seien stolz darauf, Europäer zu sein. Auch das Gefühl für die europäische Einheit wachse. Dies widerspreche keineswegs dem Prinzip einer Partnerschaft mit Amerika, vorausgesetzt, daß alle als Partner akzeptiert würden und den Willen zur Zusammenarbeit hätten. Der gemeinsame Markt bedeute für Amerika zwar eine schärfere Konkurrenz, gleichzeitig aber ein stärkeres Europa. Die amerikanische Politik sei gekennzeichnet durch die von Präsident Kennedy eingeleitete und von Präsident Johnson durchgeführte Konzeption der atlantischen Partnerschaft. Je mehr alle Beteiligten zu gleichberechtigten Partnern würden, um so stärker werde das Bündnis. Wenn man darum über Fragen wie Handel, Nichtverbreitungsvertrag und Ost-West-Beziehungen spreche, so müsse man diese Dinge gemeinsam erarbeiten, denn jedes Land lasse sich letztlich von seinen eigenen Interessen leiten, und es gebe kein stärkeres Motiv als das Eigeninteresse, das natürlich nicht dem anderen schädlich sein dürfe. Nur jene Verträge seien etwas wert, die gegenseitig wünschenswert seien. Er sage ganz offen, daß manches Mißverständnis in der Presse teilweise darauf zurückzuführen sei, daß eine neue Situation gegeben und neue Initiativen getroffen worden seien. Er nehme als Beispiel den Nichtverbreitungsvertrag, der für jeden ein mächtiger Schritt sei. Wenn man oberflächlich davon spreche, sei dieser Vertrag eine wunderbare Sache, und auch tatsächlich komme ihm äußerste Bedeutung bei. Es sei aber nur recht und billig, wenn Deutschland, Italien usw. sich die Frage stellten, ob dieser Vertrag, der nun dem eigenen Lande gewisse Rechte abspreche, wirklich notwendig sei, ob er mit der zivilen Kernwissenschaft kollidiere. Wenn Zweifel aufträten, müßten sie geklärt werden. Auch die Frage, ob dieser Vertrag der Industriespionage Vorschub leiste, sei als Frage berechtigt. Desgleichen die Frage, ob die Sicherungen angemessen seien, ohne so weit zu gehen, daß sie eine regionale Entwicklung oder nationale Interessen hemmten. Dies seien ehrliche Fragen. Manche Amerikaner seien durch diese Fragen beunruhigt worden. Aber der Präsident und er selbst seien durch die Fragen nicht beunruhigt. Beunruhigt wären sie erst, wenn nach Erteilung ehrlicher Antworten die Fragen immer noch gestellt würden.

Der Herr *Bundeskanzler* kam zunächst noch einmal auf die Kennedy-Runde zurück und betonte, daß Deutschland ein großes Interesse an einer baldigen erfolgreichen Beendigung dieser Verhandlungen habe. Die Frist laufe im übrigen ja am 30. April ab.⁸ Natürlich sei er selbst kein Sachverständiger auf die-

⁸ Am 8. März 1967 beschloß der EWG-Rat, die Verhandlungen am 30. April 1967 abzuschließen, um in den verbleibenden zwei Monaten bis zum Auslaufen des Trade Expansion Act am 30. Juni 1967 genügend Zeit für die technische Vorbereitung der Schlußakte durch das EWG-Generalsekretariat und für die Verabschiedung der Verhandlungsergebnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten zu lassen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 384 des Botschafters Sachs, Brüssel (EWG/EAG), vom 8. März 1967; Referat III A 2, Bd. 281.

sem Gebiet. Ihm sei gesagt worden, eine Schwierigkeit bereite die von amerikanischer Seite gewünschte Verbindung der Ernährungshilfe mit der Kennedy-Runde⁹ selbst. Er wisse nicht, ob diese Verbindung nicht möglicherweise verzögernd wirken könne. Er wolle jedoch nur auf das Problem hinweisen, da er es im einzelnen nicht geprüft habe. Jedenfalls gehöre unter den EWG-Staaten die Bundesrepublik zu jenen, die am stärksten auf eine erfolgreiche Beendigung der Kennedy-Runde drängten. Die EFTA-Länder seien diejenigen, aus denen die Bundesrepublik insbesondere ihre Handelsüberschüsse erziele, und ein erfolgreicher Abschluß der Kennedy-Runde würde in gewissem Maße den wirtschaftlichen Graben in Europa ebnen.

Vizepräsident *Humphrey* bemerkte, die amerikanische Regierung wisse, daß die Verbindung der Ernährungshilfe mit der Kennedy-Runde ein komplizierender Faktor sei. Andererseits werde in den nächsten zehn Jahren die Mangellage auf dem Nahrungsmittelsektor in der Welt so ausgeprägt werden, daß die amerikanische Regierung meine, daß seitens der Industriestaaten eine gewisse Verpflichtung hinsichtlich der Ernährungshilfe eingegangen werden müsse. Amerika hoffe, daß diese Verpflichtung quantitativer Art sein könne. Zumindest aber sollte das Prinzip selbst in die Kennedy-Runde mit aufgenommen werden und möglicherweise mit einem bescheidenen Beginn einer quantitativen Verpflichtung verbunden werden. Der Grund dafür sei ganz einfach. Der Nahrungsmittelüberschuß in Amerika gehe allmählich zu Ende. Die neuesten Berichte deuteten an, daß Amerika selbst einen gewissen Mangel an Nahrungsmitteln erleiden werde, da der Winterweizen nur die halbe Ernte erbracht habe. Er selbst sei lange Zeit hindurch im landwirtschaftlichen Bereich tätig gewesen und wisse, daß der amerikanische Haushalt riesige Gelder für Ernährungshilfe vorsehe. Allmählich sagten sich die Amerikaner, auch andere Länder sollten daran ein Interesse zeigen. Viele seien der Auffassung, daß diese Frage in die OECD gehöre, doch sollte in der Kennedy-Runde wenigstens das Prinzip festgehalten werden, worauf dann die OECD oder die DAC¹⁰ die Einzelheiten erarbeiten könnten. Zum zweiten mache sich Amerika hinsichtlich des Getreides natürlich Sorgen wegen des Zugangs zum Gemeinsamen Markt. Damit sei gleichzeitig der Getreidepreis angesprochen. Der Preis für Futtergetreide sei kein besonderes Problem, doch sei für Weizen von den Exportländern das Angebot gemacht worden, einen Preis von 1,85 Dollar pro bushel festzulegen. Möglicherweise sei dieser Preis aushandlungsfähig. Er glaube, daß man deutscherseits nicht gegen einen guten Weizenpreis sei, andererseits wäre

Fortsetzung Fußnote von Seite 548

Zum zeitlich befristeten Mandat der amerikanischen Regierung aufgrund des Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962 vgl. Dok. 21, Anm. 16.

⁹ Dazu stellte Referat III A 2 am 30. Januar 1967 fest: „Die USA verlangen im Rahmen des geplanten weltweiten Getreideabkommens Zusicherungen über die Abnahme von Getreide durch die zahlungskraftigen Importländer und eine Beteiligung dieser Länder an den Lasten der Ernährungsmittelhilfe zugunsten der Entwicklungsländer. Die EWG ist der ersten Forderung zum Teil entgegengegangen, lehnt jedoch eine Nahrungsmittelhilfe im Rahmen der Kennedy-Runde ab; eine Verwirklichung der amerikanischen Wünsche würde allein Deutschland jährlich 200 bis 300 Millionen DM kosten. [...] Eine Einbeziehung von Fragen der Entwicklungs- und Nahrungsmittelhilfe in die Kennedy-Runde würde diese so erschweren, daß kaum mit einem rechtzeitigen Abschluß gerechnet werden könnte. In den GATT-Verhandlungen sollten sich alle Länder deshalb auf die kommerziellen Aspekte beschränken und Fragen in der Nahrungsmittelhilfe getrennt von der Kennedy-Runde in der FAO behandeln.“ Vgl. Referat III A 2, Bd. 281.

¹⁰ Development Advisory Committee of the OECD.

der Weizen bei diesem Preis doch recht kostspielig. Nach seiner persönlichen Auffassung sollten die Industriestaaten tatsächlich auf dem Gebiet der Ernährungshilfe etwas tun. Er wisse, daß die Bundesregierung natürlich Sorgen mit ihren Bauern habe. Das Wichtigste sei aber der Zugang zum Gemeinsamen Markt. Die Länder des Gemeinsamen Markts hätten bisher die Auffassung vertreten, in der Getreideerzeugung sei der Gemeinsame Markt zu 90% autonom. Er habe gewisse Zweifel daran und meine, daß die Unterhändler des Gemeinsamen Markts ebenfalls wüßten, daß es sich hier in derselben Weise um eine Verhandlungsposition handle wie bei dem Preis von 1,85 Dollar pro bushel. Deutschland habe andererseits ein Interesse an Industrieprodukten. Die Verhandlungen auf diesem Gebiet schienen gut zu verlaufen mit Ausnahme des selling-Preissystems für chemische Produkte¹¹. Die Kennedy-Runde habe eine sehr starke Rückwirkung auf die amerikanische Innenpolitik. Seltsamerweise werde sie auch von den konservativsten Kräften sehr genau beobachtet. Schlüge diese Verhandlung fehl, und bekomme Amerika auf landwirtschaftlichem Gebiet keine Konzessionen, dann werde die amerikanische Landwirtschaft auf den rechten Flügel überschwenken; dort aber säßen die Leute, die forderten, Amerika solle seine Truppen abziehen und hohe Importzölle für Stahl, Textilien, Schuhe usw. einführen. Er sage diese Dinge natürlich nicht öffentlich, wolle sie aber dem Herrn Bundeskanzler nicht vorenthalten, denn Amerika sei unter dem Gesichtspunkt einer langfristigen internationalen Zusammenarbeit fast ebenso stark politisch an einer erfolgreichen Kennedy-Runde interessiert wie wirtschaftlich.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf den Nichtverbreitungsvertrag zu sprechen und bemerkte, dieser sei sicherlich das schwierigste Problem, das seit langer Zeit in der Entwicklung zwischen Amerika und Deutschland aufgetreten sei. Er müsse dies ganz klar sagen, damit erkennbar werde, wie ernst es der Bundesregierung sei. Auf den ersten Blick könne die deutsche Situation im Zusammenhang mit dem Nichtverbreitungsvertrag paradox erscheinen. Tatsächlich habe die Bundesrepublik sich im WEU-Vertrag verpflichtet, auf die Erzeugung nuklearer Waffen auf deutschem Boden zu verzichten. Sie habe darüber hinaus wiederholt erklärt (zuletzt in seiner eigenen Regierungserklärung¹²), daß sie keinen nationalen Besitz und keine nationale Verfügungsgewalt über nukleare Waffen anstrebe. Sie meine dies ernst und sage es nicht nur, um brav zu erscheinen, denn man müsse ja die Realitäten der Welt und Europas sehen. Die Bundesregierung vertrete klar die Auffassung, daß weder die Bundesrepublik noch ein wiedervereinigtes Deutschland den Finger am Abzug haben solle. Was sie offenhalten wolle, sei die europäische Option¹³, denn wenn Europa sich vereine, müsse es auch in der Lage sein, ein modernes Verteidigungssystem zu haben. Dafür sei eine Reihe von Lösungen denkbar. Aber selbst in einem solchen vereinigten Europa, so weit entfernt es noch scheinen möge, täte Deutschland sehr klug daran (natürlich könne er nur für sich selber sprechen), wenn es auch in einem vereinigten Europa nicht den

¹¹ Vgl. dazu Dok. 17, Anm. 18.

¹² Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

¹³ Vgl. dazu Dok. 49.

Ehrgeiz hätte, zu nahe an die nukleare Entscheidung herankommen zu wollen. Die europäische Option müsse jedoch offen bleiben, und dies sei ja nicht nur ein deutscher Wunsch. Er wisse auch, daß Frankreich nicht wolle, daß Deutschland nukleare Waffen besitze.¹⁴ Dieser Wunsch sei verständlich und natürlich und werde von Deutschland respektiert. Man könnte also erwartet haben, daß Deutschland gegen den Nichtverbreitungsvertrag keine größeren Bedenken geltend mache.

Vizepräsident *Humphrey* betonte, die europäische Option sei etwas, dem auch Amerika zustimme. Hier spiele das Sukzessionsrecht eine Rolle. Es gebe ja schon europäische Nuklearmächte wie Frankreich und England, und wenn eine europäische Zentralregierung eines dieser Gebiete umschlösse und eine gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik festzulegen habe, stehe ihr dieses Recht der Sukzession zu.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, soweit er feststellen könne, bestehe hier Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten. Er wisse allerdings nicht, wie die Sowjetunion darüber denke, und auch das müsse natürlich ganz klar sein. Dieses Problem liege selbstverständlich in weiter Zukunft, doch müsse eine Lösung dafür vorhanden sein. Die Schwierigkeiten, die Deutschland sehe, lägen zunächst auf zivilem Sektor, den der Vizepräsident bereits angesprochen habe. Über diese Frage werde zur Zeit verhandelt, und er hoffe, daß die Sorgen im Bereich der Wissenschaft, der Wirtschaft, „spin-off“, Kontrolle positiv gelöst werden könnten. Das Kabinett prüfe die Dinge noch. Er werde am folgenden Tage zum ersten Mal einen vollständigen Bericht der Arbeitsgruppe¹⁵ über die Problematik und den Stand der Verhandlungen erhalten.

Vizepräsident *Humphrey* sagte, er nehme an, daß die Erörterungen des Kabinetts auf der Grundlage des letzten Vertragsentwurfs erfolge, der schon eine Revisionsklausel nach fünf Jahren¹⁶ enthalte. Das Hauptproblem stelle wohl der Artikel III über die Sicherungen dar, wobei EURATOM angesprochen sei.¹⁷ Darüber werde man sich wohl noch weiter unterhalten müssen. Er selbst wäre daran interessiert, die Auffassungen des Kabinetts kennenzulernen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er glaube nicht, daß schon am nächsten Tage eine Entscheidung fallen könne. Es handle sich um die erste vollständige Unterrichtung des Kabinetts. Sicherlich werde er und der Außenminister den deutschen Unterhändlern die Auffassungen mitteilen, welche die Bundesregierung erarbeite. In der Bundesregierung habe es auf den Vertragsvorschlag gewisse Reaktionen gegeben, die er persönlich und auch der größte Teil der Bundesregierung in der vorgetragenen Weise nicht teilten.¹⁸ Die Fragestellung dieser Reaktionen habe gelautet, ob ein solcher Vertrag überhaupt politisch akzeptabel sei oder nicht. Sicherlich sei der Vizepräsident über diese Erklärungen informiert. Allgemein glaube er sagen zu können, daß die deutsche Be-

¹⁴ Vgl. dazu Dok. 9, Anm. 8.

¹⁵ Zur Arbeit des interministeriellen Arbeitsstabes über das Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 61.

¹⁶ Vgl. dazu Dok. 24, Anm. 18.

¹⁷ Vgl. dazu Dok. 85.

Zum amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Knappstein, Washington, am 31. März 1967 übergeben wurde, vgl. Dok. 121, besonders Anm. 3.

¹⁸ Vgl. dazu Dok. 90, besonders Anm. 9 und 11.

völkerung, obgleich die Diskussion in der Presse äußerst lebhaft gewesen sei, das Problem ruhig und vernünftig betrachte. Einige Aspekte spielten natürlich in der Diskussion seine sehr große Rolle. Das Kernproblem sei politischer Natur und beziehe sich auf das Verhältnis zur Sowjetunion. In dem Nichtverbreitungsvertrag würde die Bundesregierung sich gegenüber einem Lande verpflichten, das seit Jahren die Bundesrepublik ungerechtfertigt angreife, verleumde und sogar bedrohe. Es sei der Bundesregierung ernst mit ihrem Bemühen, das Verhältnis zur Sowjetunion zu verbessern. Sie habe auch Vorschläge dazu gemacht. Ergebnis all dieser Bemühung sei eine russische Note¹⁹ gewesen, welche von einer militaristischen nuklearen Verschwörung in der Bundesrepublik gesprochen und behauptet habe, von allen Häusern hingen Hakenkreuze, und in der der Bundesregierung Revanchismus vorgeworfen worden sei aus dem bloßen Grund, daß sie das Deutschland-Problem ohne Gewaltanwendung auf friedlichem Wege lösen wolle. Es habe die Erklärungen von Herrn Kossygin in London gegeben²⁰, der brutal gesagt habe, die Bundesrepublik werde unterzeichnen müssen, ob sie wolle oder nicht. Und nun soll eine solche Macht auch (und das sei vielleicht der wichtigste Teil) direkt oder indirekt in mehr oder weniger großem Maße an der Kontrolle teilnehmen, die ja nicht begrenzt sei auf den bloßen militärischen Bereich, sondern weit in den zivilen Bereich hineinzureichen drohe.

Vizepräsident *Humphrey* bemerkte, er verstehe, daß dieses Problem außerordentlich ernst sei. Amerika habe in seinen Gesprächen mit den Sowjets auch dieses Problem im Auge. Die sowjetische Note sei arrogant, unhöflich und falsch, und der Antwort Ho Chi Minhs an Präsident Johnson²¹ sehr ähnlich. Manchmal habe er das Gefühl, daß die Sowjets diese Sprache sprächen, weil Herr Ulbricht und seine Genossen immer wieder einen Loyalitätsbeweis haben wollten. Die Frage der Sicherungen und der Kontrolle werde in dem Maße bedeutsam, als es darum gehe, daß möglicherweise russische Kontrolleure Zugang zu deutschen nuklearen Einrichtungen hätten.²² Er meine, daß dieses Problem ganz offen zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Präsident Johnson sowie mit anderen Regierungschefs besprochen werden müsse, um in konkrete Fragen einzutreten. Hinter der gesamten Diskussion in der Presse stehe, insbesondere in Deutschland, dieses zentrale politische Thema. Gelänge es, das Problem für Deutschland zu lösen, so würden gewiß Italien und andere schnell sich dem anschließen. Der Herr Bundeskanzler habe ja den letzten Vorschlag zur Formulierung des Artikels III gesehen. Er bedürfe einer sehr genauen Prüfung, denn es sei eine höchst komplizierte Materie. In seinen eigenen Gesprächen mit Amerikanern sei er zu der Auffassung gelangt, daß es fast möglich sein sollte, die Frage der Sicherungen und Kontrollen in der Form zu lösen, daß die inspizierte Regierung ihre Zustimmung zu den Inspektoren geben müsse, etwa in der Form, wie man auch einen Botschafter zur Persona non grata machen könne. Ganz sicher sei er nicht, ob eine solche Lösung gelingen

¹⁹ Zur Note vom 28. Januar 1967 vgl. Dok. 38, besonders Anm. 9.

²⁰ Zur Kritik des sowjetischen Ministerpräsidenten an der Bundesrepublik während seines Aufenthalts vom 6. bis 13. Februar 1967 in London vgl. Dok. 55, besonders Anm. 8.

²¹ Zur Antwort des Präsidenten Ho-Chi Minh vom 15. Februar 1967 auf das Schreiben des Präsidenten Johnson vom 8. Februar 1967 vgl. Dok. 45, Anm. 2.

²² Vgl. dazu Dok. 85, besonders Anm. 8.

werde, denn ein Gespräch mit den Russen sei immer sehr schwierig. Anfangs seien die Sowjets an Sicherungen überhaupt nicht interessiert gewesen. Er meine fast, als die Sowjets bemerkt hätten, daß man auf westlicher Seite an Sicherungen dachte, hätten sie für sich den Schluß daraus gezogen, daß sie auf diese Weise Zwietracht im Bündnis säen könnten. Die amerikanische Regierung hoffe, daß die Euratom-Normen für Inspektionen mit den IAEONormen harmonisiert werden könnten, so daß weitgehend eine Selbstkontrolle stattfinde, wobei natürlich Stichproben durch die IAEA erfolgen müßten. Dann erhebe sich die Frage, welches Personal der IAEA diese Stichproben durchführe. Er meine fast, daß hier eine Lösung gefunden werden könnte. So bezweifle er zum Beispiel, daß die Sowjets jemals Amerikaner als Inspektor in osteuropäische Länder akzeptieren würden. Dies könnte vielleicht ausgenutzt werden, indem man sage, daß NATO-Staaten und Warschauer-Pakt-Staaten gegenseitig Inspektoren des anderen Bündnisses ausschließen, so daß Angehörige nichtgebundener Staaten als Inspektoren eingesetzt werden müßten. Je früher man dieses Ziel erreichen könne, desto besser. Was die zivile Technologie anbelange, so versichere er dem Herrn Bundeskanzler, daß die amerikanische Regierung zu voller Zusammenarbeit bereit sei. Diese Zusicherung umfasse auch die Lieferung von produziertem Plutonium und angereichertem Uran. Das müsse natürlich eindeutig festgelegt werden, ebenso wie die europäische Option, um sicherzustellen, daß die sowjetische Interpretation nicht von der amerikanischen abweiche. Letztlich aber laufe alles auf die politische Frage hinaus, wie die Sicherungen durchgeführt werden könnten und ob dabei die Möglichkeit bestehe, daß die Bundesrepublik von sowjetischen Inspektoren oder Inspektoren aus den Satellitenstaaten belästigt werde. Dies wolle Amerika auf keinen Fall. Deutschland habe hier in Amerika einen Freund.

Es wurde vereinbart, dieses Gespräch am Nachmittag fortzusetzen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er freue sich, daß die Devisenverhandlungen für ein Jahr eine Regelung gefunden hätten.²³ Zum Abschluß dieses Teils des Gesprächs müsse er darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik sich in einer sehr schlechten finanziellen Lage befinde. Dies sei auch der Grund gewesen, warum sein Vorgänger habe gehen müssen, weil dessen Regierung einfach mit der Situation nicht fertig geworden sei. Wichtigste Aufgabe der Bundesregierung sei es daher, die Wirtschafts- und Finanzlage zu ordnen. Dies sei außerordentlich schwierig, wenn man einmal daran denke, daß ein Defizit von 6 bis 8 Milliarden zu decken sei. In den Ausgaben sei die Bundesregierung ja durch Gesetze gebunden. Dies sei auch ein Grund, warum es für die Bundesregierung so schwierig sei, zum Beispiel jetzt in der Getreidefrage und Entwicklungshilfe gewisse Dinge zu tun, wenngleich sie ihren Beitrag natürlich leisten wolle. Es sei daher außerordentlich wichtig gewesen, in der Devisenfrage eine Regelung zu finden, die auch die Zukunft berücksichtige. Somit sei jetzt der Nichtverbreitungsvertrag das Zentralthema der Erörterungen.

Vizepräsident *Humphrey* wies darauf hin, das Problem der internationalen Liquidität und die Beratungen in der Zehnergruppe und im IWF²⁴ stünden eben-

²³ Vgl. dazu Dok. 151.

²⁴ Vgl. dazu Dok. 17, Anm. 17.

falls in Verbindung mit der Devisenfrage. Er müsse offen sagen, daß Amerika die aktive Mitarbeit Deutschlands in dieser Frage brauche. Er wisse, daß Frankreich eine völlig andere Auffassung vertrete und Deutschland natürlich Beziehungen mit Frankreich habe. Natürlich könne niemals jemand hundertprozentig seine Wünsche erfüllt bekommen, da aber Amerika sich in einer sehr ernsten Zahlungsbilanzsituation befinde, brauche es zusätzliche Liquidität, weil es sonst Entscheidungen treffen müßte, die Deutschland gewiß nicht gefallen würden. Zusätzliche Liquidität könnte erzielt werden durch größere Zielungen auf den Internationalen Währungsfonds oder durch die Schaffung einer neuen Reserveeinheit. Tauschten die Franzosen nämlich erneut ihre Dollars in Gold um, würde das Problem für Amerika verschärft. Dies wäre ein gefährliches Spiel. Auf irgendeine Weise müsse Amerika Abhilfe schaffen. Durch den Fremdenverkehr habe Amerika zum Beispiel im vergangenen Jahr 2 Milliarden Dollar verloren. Ein weiterer Abfluß ergebe sich durch amerikanische Investitionen im Ausland. Natürlich könnte dem Einhalt geboten werden, doch möchte Amerika einen solchen Schritt nicht tun. In der Liquiditätsfrage müßten daher Amerikas Freunde das Problem der Vereinigten Staaten ganz ernsthaft erwägen. Bekäme Amerika keine Hilfe, wäre es gezwungen, sich selbst zu helfen auf eine Weise, die den Europäern möglicherweise schädlich wäre.

Der Herr *Bundeskanzler* versicherte, die Bundesregierung sei sich dieser Tatsache bewußt und werde aktiv mitarbeiten. Dies habe er dem Präsidenten auch geschrieben und ihm gesagt, daß er persönlich diese Frage genau verfolgen werde.²⁵

Das Gespräch endete um 13.30 Uhr.

VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)

²⁵ Für das Schreiben vom 4. April 1967 vgl. Dok. 117.

121

Gesandter Oncken, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-11877/67 geheim
Fernschreiben Nr. 559

Aufgabe: 5. April 1967, 18.00 Uhr¹
Ankunft: 5. April 1967, 19.43 Uhr

Im Nachgang zu Drahtbericht Nr. 557 geheim vom 5.4.²

Betr.: Nichtverbreitungsvertrag

hier: Ratssitzung am 4.4.1967

I. Über den Verlauf der o.a. Sitzung ist im einzelnen folgendes zu berichten:

1) Foster erläuterte ausführlich den revidierten amerikanischen Vorschlag für einen Nonproliferationsvertrag.³

a) In der Frage der Präambel seien die USA nicht in der Lage, Bestimmungen vorzuschlagen, die eine Absichtserklärung der Nuklearstaaten enthielten, das atomare Wettrennen zu beenden; die SU werde dies nicht akzeptieren.

b) In der Frage der nuklearen „Erpressung“ seien die USA zwar für ein Verbot. Dabei stelle sich aber das Problem der „security assurances“. Hierfür seien die VN zuständig. Außerdem würden Sowjets bei einem solchen amerikanischen Vorbringen auf die Kossygin-Formel zurückgreifen (Beschränkung des Schutzes gegen Erpressung auf solche Staaten, die nicht über nukleare Waffen verfügen und auf ihrem Boden keine Waffen dieser Art zulassen).⁴ Falls ungebundene Staaten auf besonderem Erpressungsschutz beständen, müsse ein Kompromiß gefunden werden, der etwa dem deutschen Vorschlag⁵ entsprechen könne.

c) In der Frage der „Rücktrittsklausel“ könne eine großzügigere Formulierung dazu führen, daß einzelne Teilnehmerstaaten vor einer Vertrags-Durchführungskonferenz im Interesse des Ausbaus der eigenen Position mit Rücktritt

¹ Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

² Für den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vgl. VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Anm. 12.

³ Am 31. März 1967 übergab der stellvertretende Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Fisher, Botschafter Knappstein, Washington, den überarbeiteten Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen. Fisher erläuterte, daß die amerikanische Regierung mit dem Vorschlag die Hoffnung verbinde, „die Konsultationen in der Allianz bis zum 19. April 1967 beenden zu können, sich danach mit den Sowjets abzustimmen und am 9. Mai gemeinsam mit den Sowjets den Vertragsentwurf in Genf vorzulegen“. Für den Drahtbericht Nr. 734 vgl. VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Dok. 133, Anm. 11 und 13.

Der Vorschlag wurde am 3. April 1967 der EURATOM-Kommission in Brüssel und den Vertretungen der NATO-Mitgliedstaaten in Paris zur Kenntnis gebracht. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 533 des Botschaftsrats I. Klasse Kutscher, Brüssel (EWG/EAG), vom 5. April 1967; VS-Bd. 2462 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner den Vermerk des Botschafters Schnippenkötter vom 3. April 1967; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

⁴ Für den Wortlaut des Vorschlags des Ministerpräsidenten Kossygin vom 1. Februar 1966, der am folgenden Tag veröffentlicht wurde, vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1966, S. 9–13. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 166–168. Vgl. dazu ferner AAPD 1966, I, Dok. 50.

⁵ Zu den Vorstellungen der Bundesregierung hinsichtlich der Aufnahme einer „Wohlverhaltensklausel“ in ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 91.

drohten. Aus diesem Grunde sei auch die SU gegen eine großzügigere Formulierung.

2) Italienischer Botschafter Alessandrini ergriff als erster das Wort. Er brachte italienische Bedenken zum Ausdruck.

a) Unbegrenzte Dauer des Verzichts auf Atomwaffen sei gefährlich, da NATO Gegengewicht zum Vertrag sei und Allianzen temporär zu sein pflegten.

b) Vertrag dürfe Einheit Europas nicht beeinträchtigen. Daher solle der letzte Satz in Punkt 6 „Interpretations“⁶, der die Voraussetzungen für das Zustandekommen eines europäischen Staatswesens behandle, geändert werden. Gemeinsame Organe für Außen- und Verteidigungspolitik sollten genügen, um europäischer Föderation Recht auf nukleare Waffen zu geben.

c) Italiener wünschten Änderung des Artikels IV in dem Sinne, daß Vertrags-Durchführungskonferenz auch Bemühungen um allgemeine Abrüstung in ihre Erwägungen einbeziehe. Die Änderung solle bereits jetzt und nicht erst in Genf – wie USA vorgeschlagen hätten – erfolgen.

d) In Artikel VI solle festgestellt werden, daß Staaten, die auf Vertrags-Durchführungskonferenz keine Bedenken angemeldet hätten, damit ihren Vertragsbeitritt bestätigten.

e) Zu Artikel III werde er nach Prüfung Stellung nehmen. Ihn beunruhige im Zusammenhang mit der Kontrollfrage:

- die Gefahr der Industriespionage;
- ein endgültiges Absinken Italiens zu Staat zweiter Klasse;
- die unklaren Befugnisse der vorgesehenen Vorbereitungskonferenz;
- mögliche Änderungen im Statut der IAEÖ.

3) Anschließend gab Botschafter Grewe die deutsche Stellungnahme ab (vgl. hierzu Drahtbericht 557 und 558 geh.⁷ vom 5.4.67). Er wies darauf hin, daß eine formelle Stellungnahme der NATO zur Frage der Unterbreitung des Vertragsentwurfs in Genf in Anbetracht der großen Bedeutung der Angelegenheit voraussetze, daß alle 15 Mitgliedstaaten zustimmten. Andernfalls sei es besser, von formellen Beschlüssen abzusehen.

4) Britischer Botschafter Burrows schloß sich Foster an. Immerhin regte er an, im amerikanischen Text auch Wünsche der Alliierten zu berücksichtigen; er habe dann größere Aussicht auf Annahme auch durch Staaten der Dritten Welt. Festzuhalten ist sein Hinweis, daß die Frage der Kontrollen genau geprüft werden muß. Seine Regierung lege hierauf besonderen Wert, Großbritannien sei „potentielles Mitglied von EURATOM“.

5) Norwegischer und dänischer Botschafter⁸ sprachen sich für Vertragsentwurf aus. Der neue Text stelle wesentlichen Fortschritt dar. Weitere Bemühungen

⁶ Punkt 6, Satz 4 der Interpretationen zum Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Knappstein, Washington, am 31. März 1967 übergeben wurde: „While not dealing with succession by such a federated state, the treaty would bar transfer of nuclear weapons (including ownership) or control over them to any recipient, including a multilateral entity.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 734; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

⁷ Für den Drahtbericht des Gesandten Oncken, Paris (NATO), vgl. VS-Bd. 2517 (I A 6); B 150; Aktenkopien 1967.

⁸ Georg Kristiansen und Henning Hjorth-Nielsen.

um Perfektionierung könnten das Zustandekommen des Vertragswerkes überhaupt in Frage stellen. Dies gelte auch für die Kritik an den geplanten Kontrollen durch IAEO, die durchaus akzeptabel erschienen.

6) Belgischer Botschafter de Staercke unterstützte im Grundsatz die amerikanische Absicht, den Entwurf auf der ENDC vorzulegen; gleichwohl betonte er, daß ihm die nachstehenden deutschen Wünsche legitim erschienen:

- Einfügung eines operativen Artikels für zivile Nutzung der Kernenergie;
- Einfügung der Worte [die] „at the earliest possible date“ (Einleitung nuklearer Abrüstungsmaßnahmen) in die Präambel.

Ihm erscheine ferner unsere Auffassung beachtenswert, daß zwischen dem Nonproliferationsvertrag und dem Fortbestand der NATO eine Art Junktim bestehe. Man müsse diesem Problemkreis bei den Untersuchungen im Zuge der Harmel-Studie Aufmerksamkeit schenken.

7) Kanadischer Abrüstungsbeauftragter, General Burns, war der Meinung, daß Diskriminierung nichtnuklearer Staaten gemindert werden könne, falls Nuklearwaffen-Staaten ihre nuklearen Anlagen ebenfalls der Inspektion unterwerfen würden. Auch er unterstützte den Wunsch, Worte „at the earliest possible date“ in die Präambel einzufügen.

8) Niederländischer Botschafter⁹ teilte die von de Staercke vorgetragenen Auffassungen. In der Kontrollfrage erklärte er, daß es notwendig sei, eine Lösung zu finden, die nicht zu einer Abwertung von EURATOM führe. Er schloß seine Ausführungen mit Hinweis, daß man bei der Konsultation auch die Notwendigkeit im Auge haben müsse, das Zusammenstehen der NATO vor der Öffentlichkeit zu demonstrieren.

9) Abschließend äußerten sich griechischer Botschafter und türkischer Vertreter. Ihre Ausführungen waren farblos. Botschafter Palamas stellte fest, daß er gewisse unserer Bedenken teile – daß sich Griechenland aber in einer anderen Ausgangslage befände, da es keine nuklearen „Möglichkeiten“ habe. Insofern könne er sich dem amerikanischen Vorhaben anschließen. Die Ausführungen des türkischen Vertreters, der die amerikanischen Unterbreitungspläne ebenfalls unterstützte, klangen noch positiver.

10) Foster gab in abschließender Stellungnahme zu bedenken, daß es notwendig sei, den Vertragstext bald vorzulegen; sonst bestehe die Gefahr, daß Vertrag überhaupt nicht zustande komme. Zu einzelnen Punkten erklärte er folgendes:

a) Er könne unsere Auffassung nicht teilen, daß Nichtmitglieder der ENDC bei der Vertragsformulierung benachteiligt seien; die USA hätten ihre Alliierten in jeder Weise ausreichend konsultiert. Vertrag sei nur erste Plattform für weitere Bemühungen auf dem Gebiet der Abrüstung.

b) Von Italienern beanstandete mögliche Änderung des Modus der IAEO-Kontrollen bewerte er nicht negativ. Der endgültige Modus hänge von der Entscheidung der Mitglieder der IAEO ab, in der Westen Mehrheit besitze.

c) USA seien bereit, Unterstellung ihrer friedlichen Atomindustrie unter IAEO-Kontrolle zu prüfen. Amerikanische Industrie sei ohnehin nationalen Kontrol-

⁹ Hendrik N. Boon.

len unterworfen, die wesentlich schärfer als internationale Kontrollen arbeiten!¹⁰

11) Britischer Botschafter erklärte, sein Land sei ebenfalls bereit zu prüfen, ob die eigene friedliche Atomindustrie IAEA-Kontrollen unterworfen werden könne.¹¹

12) Zur Frage des weiteren Prozedere wird auf Bezugsbericht, Ziff. 4¹², verwiesen.

II. Nachstehend wird der Eindruck des Sitzungsverlaufes zusammengefaßt:

1) Die Diskussion zeigte, daß die überwiegende Mehrheit der Ratsmitglieder trotz vorgebrachter Bedenken und trotz grundsätzlicher Ablehnung der Diskriminierung bereit sein dürfte, die amerikanische Absicht einer Vorlage des Vertragsentwurfes auf der ENDC zu unterstützen. Eine kritische Haltung liegt in dieser Frage nur bei uns, den Italienern und den Franzosen vor, die sich nicht an der Diskussion beteiligten.

2) Es ist unter Umständen möglich, daß wir vor dem 19. April [durch] Konsultation die Berücksichtigung einiger unserer Wünsche erreichen. Dies könnte jedoch nur für diejenigen Punkte gelten, bei denen wir eine Unterstützung anderer Mächte fanden:

a) Die Respektierung von EURATOM, in diesem Zusammenhang die Verlängerung der Fristen für eine Übergangsregelung in der Kontrollfrage (Unterstützung durch Belgien, Niederlande, Großbritannien);

b) Geltungsdauer von Nonproliferations-Vertrag und NATO-Vertrag (Belgien, Italien, Niederlande);

c) In der Frage nuklearer Abrüstungsmaßnahmen Belassung der Worte „at the earliest possible date“ in die Präambel (Belgien, Niederlande, Kanada);

d) Eventuell Einfügung eines operativen Artikels über zivile Nutzung der Kernenergie (Belgien).

3) Hinsichtlich unserer anderen Vorschläge dürfte weniger Aussicht auf Unterstützung im Rat bestehen. Es ist möglich, daß sich die Amerikaner bei diesen Punkten gerade der Unterstützung anderer Ratsmitglieder bedienen wollen, um uns zu einem Fallenlassen unserer Petita zu veranlassen. Da es sich hierbei um die Mehrzahl unserer Wünsche handelt, könnte eine Konsultation

¹⁰ Am 20. April 1967 teilte der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, dem Ständigen NATO-Rat mit, daß die amerikanische Regierung bereit sei, „Kontrollen über ihre zivilen Nuklearkapazitäten zu akzeptieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 671 des Botschafters Grewe, Paris (NATO); VS-Bd. 925 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

¹¹ Dazu gab der britische Gesandte Tomkins gegenüber Ministerialdirektor Ruete am 18. April 1967 eine förmliche Erklärung ab: „At such time as international safeguards are put into effect in the non-nuclear-weapon states in implementation of a non-proliferation treaty we will be prepared to afford an opportunity for the application of similar safeguards in the United Kingdom subject to the exclusions for military or national security reasons only.“ Vgl. VS-Bd. 4093 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

¹² Ziffer 4 des Drahtberichts Nr. 557 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 5. April 1967: „In anschließender Erörterung wurde Übereinstimmung erzielt, daß der Rat die Konsultation ab 12. April 1967 fortführen soll. Generalsekretär Brosio schlug vor, zunächst die Fosterschen Ausführungen sowie die Diskussion im Rat am 4. April in den Hauptstädten prüfen zu lassen. Aufgrund des Prüfungsergebnisses könnten dann die weiteren Verhandlungen im NATO-Rat vorbereitet werden.“ Vgl. VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

innerhalb der NATO für uns Nachteile mit sich bringen. In diesem Zusammenhang wird auf die im Rat bestehende Tendenz verwiesen, das Argument der Geschlossenheit der Allianz in die Debatte zu werfen, ein Argument, das unsere Bewegungsfreiheit im Rat einengen kann. Die Vorteile der bilateralen Konsultation liegen auf der Hand.

4) Es war auffällig, daß sich die von Foster indirekt vorgetragene Kritik an der Verzögerung des Zustandekommens des Vertragswerkes in erster Linie gegen uns richtete, obwohl der italienische Vertreter seine Bedenken nicht weniger deutlich vorgetragen hatte und obwohl diese inhaltlich weitgehend mit den unseren identisch waren.

5) Vorstehende Hinweise geben der Vertretung Veranlassung, das Petitem der Botschaft Washington (vgl. Drahtbericht Washington Nr. 762¹³) zu unterstützen, in der Frage unserer Forderungen Prioritäten festzustellen.

[gez.] Oncken

VS-Bd. 10082 (Ministerbüro)

122

Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-11907/67 geheim
Fernschreiben Nr. 474

Aufgabe: 6. April 1967, 18.35 Uhr
Ankunft: 6. April 1967, 17.38 Uhr

Hatte gestern längeres Gespräch zunächst mit Botschafter Charles Bohlen und dann mit ihm zusammen und Botschafter Thompson. Aus dem Gespräch erscheinen mir folgende Punkte besonders erwähnenswert:

1) Beide Herren waren außerordentlich pessimistisch hinsichtlich des Zustandekommens des Nichtverbreitungsabkommens, da die Russen eine Änderung des Vertrages nicht hinnehmen würden. Bohlen sah den am schwierigsten zu überwindenden Widerstand in der italienischen Haltung, ohne sich über die einzelnen Punkte auszulassen. Ich habe in längeren Ausführungen versucht darzulegen, daß die Sowjetregierung an dem Abschluß eines Vertrages das allerhöchste Interesse habe. Da ihnen gerade zum 50. Jubiläumsjahr der Revolution ein solcher außenpolitischer Erfolg aus Gründen ihrer Innenpolitik und aus Gründen ihrer Politik innerhalb des kommunistischen Raums an einem Erfolg gelegen sein müsse. Ich persönlich sei auch nicht der Ansicht, daß die Russen eine strikte Änderung des Vertrages hinnehmen würden, daß sie aber

¹³ Botschafter Knapstein, Washington, bemerkte am 4. April 1967 hinsichtlich der Verhandlungen über das Nichtverbreitungsabkommen: „Zur Befassung des Kabinetts und besonders des Bundesverteidigungsrats mit dem NV-Vertrag möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß es aus hiesiger Sicht dringend erforderlich erscheint, daß wir uns – im gegenwärtigen Stadium zumindest intern – über gewisse Schwerpunkte klar werden, auf die wir uns in unseren Forderungen den Amerikanern gegenüber konzentrieren wollen, sowie möglicherweise über Rückfallpositionen in anderen Punkten.“ Vgl. VS-Bd. 4092 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

wahrscheinlich bereit wären, kleinere Änderungen und verbindliche Interpretationen zu akzeptieren. Wenn heute ihre Haltung unerschütterlich erschiene, so sei dies zu erklären durch die alte russische Taktik, bis zum letzten Augenblick völlige Unnachgiebigkeit zu zeigen. Beide Botschafter gaben mir recht, daß auch nach ihrer Auffassung ein Nachgeben der Russen im allerletzten Augenblick auf ihrer taktischen Linie läge.

2) Hinsichtlich des Zustandekommens eines ABM-Vertrages waren beide pessimistisch, ohne aber, nach ihren eigenen Worten, handfeste Gründe für diesen Pessimismus angeben zu können.

3) Bohlen vertritt zweifellos auch heute noch seine in Jalta vertretene Ansicht¹, daß sich die USA und die Sowjetunion unbedingt einigen müßten, um dadurch auf der Welt eine Gleichgewichtslage zu schaffen. Aus seinen Worten war zu erkennen, daß er ein wesentliches Hindernis für das Zustandekommen einer solchen Einigung in dem deutschen Widerstand gegen die Anerkennung des Status quo in Europa sieht.² Wenn auch die SU keine wirklichen Befürchtungen vor der Bundesrepublik Deutschland hätte, so sei sie doch auch heute noch besorgt, daß die Bundesrepublik Deutschland die USA irgendwie für die Änderung des Status quo in Europa einspannen könne. Auch in dem deutschen Widerstand gegen den Nichtverbreitungsvertrag in seiner jetzigen Form sieht Bohlen ganz offenbar ein Gefahrenmoment für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Er gab zu verstehen, daß er die Einführung der Kontrollvorschriften in den Vertrag durch die USA bedauere.

4) Bohlen hat von seinen hiesigen Freunden nur Kusnezow gesehen. Aus diesem Gespräch wies er darauf hin, daß Kusnezow sich in sehr aggressiver Weise über das Wiedererstehen des Nationalsozialismus in Deutschland ausgelassen habe. Bohlen hat ihm nach seiner Darstellung erwidert, daß diese Befürchtungen völlig unbegründet seien. Die sozialen Voraussetzungen für die Entwicklung der NSDAP und der NPD seien völlig verschieden. Auch in der Person des

¹ Vgl. dazu auch Charles E. BOHLEN, *Witness to History 1929–1969*, London 1973, S. 173–201.

² Am 1./2. April 1967 hielt sich der Abteilungsleiter im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Schirmer, zu Gesprächen mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Blatow, über die „Überwindung des europäischen Antagonismus“ in Moskau auf. Die Reise fand im Auftrag des Bundeskanzlers Kiesinger und im Einverständnis mit Bundesminister Wehner, aber ohne Beteiligung des Auswärtigen Amtes statt. Auf sowjetischer Seite waren Generalsekretär Breschnew, Ministerpräsident Kossygin, Außenminister Gromyko und das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Schelepin, informiert. Am 5. April 1967 faßte Schirmer die Ergebnisse des Aufenthalts zusammen: „1) Die sowjetischen Partner haben an der direkten vertraulichen Aussprache mit uns Interesse gezeigt. [...] 2) Von sowjetischer Seite wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich die Sowjetunion als ein Teil Europas fühlt und eine europäische Zusammenarbeit anstrebt. 3) Die Einheit des deutschen Volkes wurde bejaht. Der Gesprächsverlauf erlaubt den Schluß, daß man interessiert ist, einen für beide Teile annehmbaren Weg zu finden. Blatow war jedoch nicht in der Lage, ohne Rücksprache mit seinem Vorgesetzten dieses Thema zu vertiefen. 4) Blatow wies darauf hin, daß Herr Breschnew in Gorki zum Ausdruck gebracht habe, daß die Sowjetunion alle vernünftigen und für den Frieden Europas nützlichen Schritte, darunter auch diejenigen der Bundesrepublik, natürlich unterstützen würde. Blatow erwähnte besonders, daß Herr Kossygin gegenüber Botschafter Walther Vorschläge zur Frage der internationalen Entspannung gemacht habe. Leider habe man bisher keine Antwort erhalten. [...] Blatow faßte am Ende der Besprechung zusammen, daß man die Themen Nonproliferationsvertrag, Atomwissenschaftler, Sicherheitsfragen als gesprächsreif ansehen könne. Er werde seinem Vorgesetzten (Gromyko) entsprechende Vorschläge machen. Er halte den direkten vertraulichen Kanal zur Vorbereitung auch anderer Themen für nützlich.“ Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Bestand I-519 (NL Schirmer); B 150, Aktenkopien 1967.

Führers der NPD³ sähe er in keiner Weise eine Gefahr des Wiedererstehens des Nationalsozialismus.

Im übrigen hat sich Bohlen verständlicherweise von seiner Bewunderung für de Gaulle, die ich vor drei Jahren habe feststellen können, freigemacht. Er lehnt aber jede Gefahr für Europa nach dem Ausscheiden de Gaulles ab, da sich dann in Frankreich eine bürgerliche Mehrheit bilden werde, wobei er seine Hoffnungen auf Giscard d'Estaing setzt. Auch die Möglichkeit einer fortschreitenden Desintegration Europas weist er ab.

Mein vorsichtiger Hinweis darauf, daß die amerikanische Politik der SU gegenüber in Jalta den Verlust Osteuropas mit sich gebracht hätte, glaubte er mit Irrtümern der amerikanischen Militärs erklären zu sollen.

5) Mit Rücksicht auf die von sowjetischer Seite allen Gesprächspartnern immer wieder vorgetragene Gefahr des Neonazismus darf ich nochmals meinen bereits in der Aufzeichnung II A 4-82.00-94.29-200 geh. vom 4. 4. 67⁴ gemachten Vorschlag wiederholen, bei nächster Gelegenheit auf die Erscheinung rechtsradikaler Bewegungen in allen Demokratien Europas hinzuweisen.

[gez.] Walther

VS-Bd. 4202 (II A 4)

³ Korrigiert aus: „der Führer der NPD“.

Parteivorsitzender war Adolf von Thadden.

⁴ Botschafter von Walther, z. Z. Bonn, schlug vor, die in der sowjetischen Erklärung vom 28. Januar 1967 erhobenen Vorwürfe über die Gefahr eines aufkommenden Nationalsozialismus in der Bundesrepublik in einer Antwortnote u. a mit folgenden Argumenten zu entkräften: „Die Bundesregierung weist mit Nachdruck darauf hin, daß diese Behauptungen in keiner Weise den Realitäten entsprechen. [...] In jedem demokratischen Land Europas hat es seit Beendigung des Krieges derartige Erscheinungen gegeben, ohne daß dies die Umwelt beunruhigt hätte. Die Bundesregierung glaubt, daß die echte Wertung der Realitäten eine objektive Analyse auch auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Anwendung finden sollte.“ Vgl. VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

123

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger
mit Präsident Tombalbaye**

Z A 5-55.A/67

12. April 1967¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 12. April 1967 um 12.45 Uhr den tschadischen Staatspräsidenten, Herrn Tombalbaye, in Anwesenheit von Außenminister Baroum und Botschafter Toura sowie auf deutscher Seite von Bundesminister Wischniewski, Staatssekretär Lahr, MD Osterheld und die Botschafter Schwarzmann und Döring zu einer halbstündigen Unterredung im Palais Schaumburg.²

Der Herr *Bundeskanzler* hieß Präsident Tombalbaye herzlich willkommen und sprach seine Freude über dessen Besuch aus. Gleich zu Beginn des Gesprächs möchte er dem tschadischen Volk und seiner Regierung danken für die Haltung, die sie in bezug auf die Probleme Deutschlands eingenommen hätten. Erfreulich seien auch die freundschaftlichen Beziehungen, die seit der Erlangung der Unabhängigkeit³ zwischen den beiden Ländern bestünden. Präsident Tombalbaye seien die Ziele der jetzigen deutschen Regierung sicher bekannt, insbesondere auch im Hinblick auf die Hilfe, die die Bundesrepublik den weniger begünstigten, sich in der Entwicklung befindlichen Ländern in Afrika gewähren könne und möchte. Er (der Herr Bundeskanzler) habe zwar vor dem Bundestag über die sehr wenig befriedigende Finanzlage des Bundes berichten müssen⁴; im Grunde genommen gebe es nur zwei Gebiete, in bezug auf die er dem Parlament angekündigt habe, daß die Ausgaben nicht unter das Niveau des Vorjahres herabgesetzt werden würden: 1) wissenschaftliche und technische Entwicklung und 2) Hilfe an die weniger begünstigten Länder. In anderen Worten, die Bundesregierung halte diese beiden Punkte für so wichtig, daß hier die Ausgaben sich weiterhin aufwärts bewegen würden, wenn man auch nicht umhin könne, diese Gebiete ebenfalls dem Gesetz der notwendig gewordenen Sparsamkeit zu unterstellen. Er (der Herr Bundeskanzler) erwähne diese Tatsachen und lenke die Aufmerksamkeit seines Gastes auf die Regierungserklärung – die feierlichste Erklärung, die eine Regierung abgeben könne –, um den ernsten Willen seiner Regierung zu unterstreichen, auch und insbesondere auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe einen Beitrag zu der wichtigsten Aufgabe für alle zu leisten: in allen Ländern eine Ordnung der Gerechtigkeit und des Wohlstandes herzustellen. Gerne würde er ein riesiges Programm entwerfen und Hunderte von Millionen DM im laufenden Haushalt hierfür vorsehen. Leider sei dies nicht möglich, aber er hoffe, daß die vorübergehenden Schwierigkeiten überwunden werden könnten. Er bitte den tschadischen

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 18. April 1967 gefertigt.

² Präsident Tombalbaye besuchte die Bundesrepublik vom 11. bis 18. April 1967. Am 11./12. April 1967 hielt er sich in Bonn auf. Für das Kommuniké vgl. BULLETIN 1967, S. 317.

³ 11. August 1960.

⁴ Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

Staatspräsidenten davon überzeugt zu sein, daß sich an der Grundsatzentscheidung der Bundesregierung nichts ändern werde, selbst wenn „in diesen Jahren“ die Lage prekär sei.

Präsident *Tombalbaye* dankte dem Herrn Bundeskanzler für den warmherzigen und freundschaftlichen Empfang; mit Freude habe er dieser Einladung Folge geleistet. Das Problem des Tschad bestehe in folgendem: im Inneren des Landes die Einheit wahren, um arbeiten zu können. Ohne Einheit könne man keine gute Arbeit verrichten und ohne Arbeit sei kein Fortschritt möglich. Dementsprechend laute der nationale Wahlspruch: Einheit – Arbeit – Fortschritt. Er verhehle nicht, daß der Tschad als junges Land die Unterstützung und Hilfe seiner Freunde brauche, weil er sich seines Rückstandes bewußt sei. Ein Land, das hilflos und ohne Mittel zu seiner Verteidigung dastehe, könne nichts tun in der modernen Welt. Aus diesem Grund sei der Tschad seit der Erlangung seiner Unabhängigkeit immer für die echte Freiheit der jungen Staaten eingetreten und habe im Lager derer gekämpft oder abgestimmt, die die Hauptsache, d.h. die Selbstbestimmung suchen und verteidigen. Der Grundsatz der Selbstbestimmung sei in der Verfassung des Tschad verankert und sei Teil seiner – Tombalbays – politischen Philosophie. Also habe er weder Scham noch Furcht davor, dies hier in Deutschland auszusprechen.

Der tschadische Staatspräsident führte weiter aus, sein Land sei aufrichtig dankbar für die Hilfe, die es ohne darum zu bitten von Deutschland erhalten habe.⁵ Da er „sich vor Gott selbst und nicht nur vor seinen Engeln befinde“, möchte er folgendes ausführen: Die Afrikaner, die für ihren Kontinent eines Tages die Einheit herbeisehnten – sie werde nicht sofort, sondern erst in der Zukunft zu erreichen sein –, seien der Auffassung, daß Europa insgesamt, nicht einzelne europäische Länder, wie Deutschland und Frankreich mit ihren gelegentlichen Maßnahmen, in einem umfassenderen Rahmen viel wirksame Hilfe leisten könnte und daß ein derartiges Europa mit Afrika zusammen eine kolossale Macht, ein „drittes Element“ in der Welt darstellen würde. Wenn Europa und Afrika in Freundschaft und in einer aufrichtigen Zusammenarbeit zusammenstünden, wäre dies ein nicht zu übergelender Faktor. Dies habe er auch den Franzosen gesagt. Eine Zusammenarbeit unter europäischem Vorzeichen schließe allerdings eine bilaterale Zusammenarbeit nicht aus. Ein geeinigtes Europa könnte aber noch mehr verrichten als der Gemeinsame Markt. Er werde weiter im Rahmen seiner Philosophie dafür wirken, daß die Völker in Freiheit und ohne Zwang ihr eigenes Schicksal selbst bestimmen können.

Anläßlich seines Besuchs beim Oberbürgermeister der Stadt Bonn⁶ habe er – Tombalbaye – gesagt, daß es vielleicht nicht schlecht wäre, wenn mehr und mehr Deutsche, Geschäftsleute und andere, selbst nach dem Tschad reisen würden und dort aus eigener Anschauung und nicht nur aus schriftlichen Be-

⁵ Zur Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik für den Tschad vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Fischer, Fort Lamy, vom 3. März 1967; Referat I B 3, Bd. 727.

Am 12. April 1967 sicherte Bundesminister Brandt seinem tschadischen Amtskollegen Baroum Unterstützung bei der Durchführung des Fünf-Jahres-Plans von 1966 bis 1970 zu. Anschließend unterzeichneten die Außenminister einen Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. VS-Bd. 10092 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1967, S. 317.

⁶ Wilhelm Daniels.

richten – die Probleme des Landes genau kennenlernen könnten. Deutschland habe viel Geld für die Hilfe an unterentwickelte Länder ausgegeben, aber die effektive Präsenz sei vielleicht noch wünschenswerter als die Zusammenarbeit etwa im Rahmen der EWG.

Präsident Tombalbaye erläuterte anschließend die Grundzüge seiner Politik: 1) alle – die großen und kleinen – Mächte davon abhalten, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen; 2) sich für die Menschlichkeit und für die Freiheit aller Menschen einsetzen – dazu gehöre das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht vor den Vereinten Nationen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sei der Tschad als Binnenland in einer unglücklichen Lage. Die Waren aus dem Ausland seien wegen der hohen Transportkosten übertrieben teuer. Das gleiche gelte für den Preis der ausgeführten Tropenprodukte. Die Regierung versuche regulierend auf die Preise einzuwirken. Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten seines Landes wiederholte der Präsident die Anregung, daß möglichst viele Besucher aus befreundeten Ländern in den Tschad reisen möchten, um sich an Ort und Stelle ein Bild zu machen. Dies sei ein dringender Wunsch seiner Regierung und er glaube, daß es für deutsche Geschäftsleute nicht unmöglich sein dürfte. Auf diesem Gebiet sei noch viel zu tun. Der Tschad werde mit der Zeit auch mehr aus dem Ausland kaufen und sei stets bereit, seine Pflicht zu tun.

Zusammenfassend erklärte Präsident Tombalbaye, er habe den Wunsch, daß sein Besuch in der Bundesrepublik – ohne seine französischen Freunde zu stören – zur Vertiefung der praktischen Freundschaft zwischen den beiden Ländern beitragen möge.⁷

Bevor er sich vom Herrn Bundeskanzler verabschiede, möchte er noch zwei kleinere Punkte zur Sprache bringen, die in den Akten zur Vorbereitung des Staatsbesuchs nicht aufgeführt seien:

Es gebe in der Hauptstadt Fort Lamy zwar einen Rundfunksender, der jedoch wegen seiner geringen Stärke kaum das nationale Netz bedienen könne. Einige deutsche Geschäftsleute hätten sich bereit erklärt, in Form einer gemischten Gesellschaft einen 100 KW-Sender zu errichten, der auch für Werbesendungen europäischen Interesses benutzt werden könnte. Von der zentralen Lage des Tschad aus, könnten derartige Sendungen auch in die Nachbarländer ausgestrahlt werden. Der tschadische Staat würde das Gelände zur Verfügung stellen, während sich die Geschäftsleute dazu verpflichten würden, ein etwa entstehendes Defizit aus eigenen Mitteln zu decken.

Der zweite Punkt betreffe die Ausfuhrmöglichkeiten für Fleisch. Er (Tombalbaye) sei der Auffassung, daß man trotz der veterinär-polizeilichen Bestimmungen, die sich der Einfuhr von Fleischprodukten nach Deutschland entgegenstellen, prüfen sollte, ob eine derartige Einfuhr auf lange Frist nicht doch möglich sein könnte.

⁷ Am 11. Mai 1967 berichtet Botschafter Fischer, Fort Lamy, über den positiven Eindruck, den der Besuch des Präsidenten Tombalbaye in der Bundesrepublik im Tschad hervorgerufen habe. So habe Tombalbaye gegenüber Staatspräsident de Gaulle am 27. April 1967 ausgeführt, daß er „als Vertreter eines frankophonen Volkes [...] von den Deutschen sehr gut empfangen worden [seil], die die besten Freunde Frankreichs sind und ihrerseits dieses Nachbarland als ihren besten Verbündeten ansehen“. Vgl. Referat I B 3, Bd. 727.

Auf die Ausführungen des tschadischen Staatspräsidenten antwortete der Herr *Bundeskanzler*, er sei erfreut feststellen zu können, daß seine politische Philosophie weitgehend, wenn nicht sogar völlig mit der seines Besuchers übereinstimme. Auch er sei der Auffassung, daß Europa in seiner Gesamtheit eine große Aufgabe habe, insbesondere auch diejenige, Afrika zur Seite zu stehen. Dies sei mit vereinten Kräften natürlich besser möglich, als in aufgeteiltem Zustand. Er hoffe sehr, daß aus diesen und anderen Gründen die europäische Einheit in einer nicht allzu fernen Zukunft geschaffen werden könne; man arbeite jeden Tag daran. Er sei ebenfalls davon überzeugt, daß Europa und Afrika aufeinander angewiesen seien. Für Präsident Tombalbaye sei es eine, wenn auch schwierige, so doch faszinierende und großartige Aufgabe, als führender Staatsmann für die Zukunft seines eigenen Landes und Afrikas insgesamt zu arbeiten. Tombalbaye habe recht, wenn er sage, daß man sich an Ort und Stelle ein besseres Bild von einem Land machen könne, als wenn man es nur aus Berichten kenne. Was die Bundesregierung tun könne, um auch deutsche Geschäftsleute für Reisen nach dem Tschad zu interessieren, werde geschehen. Derartige Besuche dienten insbesondere auch, um die menschlichen Beziehungen zu fördern, ohne die keine Politik zu machen sei. Politik könne nicht auf dem Reißbrett gemacht werden, man müsse wissen, wie der andere fühle und empfinde.

Zu den beiden Punkten, die Präsident Tombalbaye am Schluß erwähnt hat, sagte der Herr *Bundeskanzler*, er habe in der Tat bisher keine Kenntnis von diesen tschadischen Wünschen (Rundfunksender und Fleischverkauf) gehabt. Auf den ersten Blick scheine es ihm – auch wegen des langen Transportweges – praktischer, das Fleisch zunächst an Ort und Stelle zu verarbeiten und es dann gegebenenfalls in Form von Konserven auszuführen.

Herr Minister *Wischniewski* bemerkte hierzu, bisher sei noch nie Frischfleisch aus Afrika nach Deutschland eingeführt worden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte zu, daß er die genannten Punkte gerne prüfen werde.

Zu dem Hinweis seines Gesprächspartners auf die Beziehungen zu Frankreich, unterstrich der Herr *Bundeskanzler*, daß zwischen Deutschland und Frankreich eine gute und enge Zusammenarbeit bestehe und alle Entscheidungen – auch im Hinblick auf Afrika – in Zukunft in noch engerer Zusammenarbeit getroffen werden würden.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 22

124

Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem britischen Außenminister Brown in London

I A 5-82.20-94.09-645/67 geheim

12. April 1967¹

An der Konferenz, die von 15 bis 17.25 Uhr dauerte, nahmen auf deutscher Seite teil: Bundesaußenminister Brandt, MD Professor Dr. Meyer-Lindenberg, VLR I Dr. von Plehwe, VLR I Dr. Arnold, VLR Kusterer, LR I Dr. Ruhfus; Botschafter Blankenhorn, Gesandter Dr. von Ungern-Sternberg, BR I Dr. Naupert, BR Dr. Schulte-Strathaus.

Auf britischer Seite nahmen teil: Mr. Brown, Foreign Secretary; Mr. Mulley, Minister of State; Mr. Thomson, Minister of State; Sir Frank Roberts, Ambassador; Lord Hood, Deputy Under-Secretary of State; Sir Con O'Neill, Deputy Under-Secretary of State; Sir John Rennie, Deputy Under-Secretary of State; Mr. Barnes, Counsellor; Mr. MacLehose, Counsellor; Mr. Campbell, Counsellor; Mr. Maitland, Counsellor; Mr. H. Smith, Counsellor; Mr. Statham, Counsellor; Mr. Street, Counsellor; Mr. Bennett, First Secretary.

I. Großbritannien und die EWG

Außenminister *Brown* gab einleitend eine kurze Darstellung des gegenwärtigen Standes der Beitrittsfrage. Die Serie der Kabinetts- und Fraktionssitzungen hierüber sei noch im Gange. Zu drei Problemen, die im Vordergrund des britischen Interesses ständen, würde er gern die deutsche Ansicht hören:

- Das Verhalten der EFTA-Mitglieder
- Form und Zeitpunkt des britischen Aufnahmeantrags
- Kennedy-Runde.

Nach dem Dank an die Gastgeber für die Gelegenheit zu diesem Meinungsaustausch führte Außenminister *Brandt* u. a. aus, unsere grundsätzlich positive Einstellung zum Beitritt sowohl Großbritanniens als auch anderer EFTA-Länder zur EWG sei bekannt. Er habe sie noch vor zwei Tagen in Brüssel zum Ausdruck gebracht² und auch anderswo vertreten. In London solle kein Zweifel daran bestehen, daß er die gleiche Haltung gegenüber der französischen Regie-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschaftsrat Schulte-Strathaus, London, gefertigt und am 13. April 1967 von Botschafter Blankenhorn übermittelt.

Hat Staatssekretär Schütz am 18. April 1967 vorgelegen.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

² Bundesminister Brandt führte auf der EWG-Ministerratstagung am 10. April 1967 u. a. aus: „Schon bald stellt sich vermutlich die Frage der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Großbritannien und anderen europäischen Ländern. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß es Großbritannien [...] ernst ist mit dem Wunsch, der Gemeinschaft beizutreten. Ebenfalls meinen wir, daß die sicher nicht einfachen Fragen des Beitritts Großbritanniens zur Gemeinschaft sachlich gelöst werden können. [...] Beitrittswillige Staaten müssen sich allerdings der gemeinsamen Grundauffassung der Sechs von der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas anschließen. Das gilt auch für die aufgrund des Vertrages bisher gefaßten Beschlüsse. [...] Ein Beitritt Großbritanniens und anderer EFTA-Staaten wird den Graben zwischen den beiden europäischen Wirtschaftsgruppierungen zuschütten. Wir können nicht damit rechnen, daß sich solche Gelegenheiten beliebig wiederholen werden.“ Vgl. BULLETIN 1967, S. 302.

rung einnehme. Er werde dies auch tun, wenn Couve de Murville am 27. April zu einer der üblichen deutsch-französischen Konsultationen nach Bonn komme.³

Er zögere, fuhr Herr Brandt fort, zur Frage des Zeitpunkts einer britischen Absichtserklärung und/oder eines Aufnahmeantrags Stellung zu nehmen, da die Entscheidung hierüber hauptsächlich aufgrund der Entwicklung in Großbritannien getroffen werde oder jedenfalls diese Entwicklung mitberücksichtigen müsse. Wir neigten zu der Ansicht, daß einem formellen Antrag Verhandlungen unmittelbar folgen sollten. Da die Kennedy-Runde den ganzen Monat April beanspruchen werde und Brüssel bereits Anfang Juli auf mindestens zwei Monate in die Ferien gehe, bestehe das Risiko, daß man bei Stellung des Aufnahmeantrags im Mai nicht gleich anschließend mit den Verhandlungen beginnen könne. Das bedeute aber nicht, daß die britische Regierung etwa mit ihren Absichten hinsichtlich des Gemeinsamen Marktes hinter dem Berge halten solle. Die Franzosen hätten für Ende Mai einem Treffen der Regierungschefs anläßlich der Zehnjahresfeier zugestimmt.⁴ Über die Gesprächsthemen werde er, Brandt, noch mit Couve de Murville reden. Uns sei an einem raschen Abschluß der Verhandlungen zur Kennedy-Runde gelegen, damit anschließend über die restlichen Probleme des britischen Beitritts gesprochen werden könne. Wir würden so hilfreich wie möglich sein, um das Gespräch in Gang zu bringen, auch wenn die wirklichen Diskussionen erst später im Jahr beginnen könnten.

Zur EFTA-Frage warf Mr. *Brown* ein, daß die britische Regierung versuche, ihre Haltung den übrigen Mitgliedsländern klar zu machen.⁵ Dies führe vielleicht parallel mit dem britischen Aufnahmeantrag zu weiteren Anträgen, so z.B. von Dänemark und Norwegen, möglicherweise auch von Schweden. Nach dem britischen Zeitplan würden die nächsten Schritte wahrscheinlich schon bald („pretty early“) erfolgen.

Hierzu betonte Staatsminister *Mulley*, wie wichtig es für die britische Regierung sei, den durch die Besuchsrunde in den EWG-Hauptstädten⁶ bewirkten Antriebs auszunutzen. Wenn man dies nicht tue, laufe man Gefahr, daß die Gegner eines britischen Beitritts bei jedem neuen Anlauf erneut eine Konferenz einberufen und jeweils weitere Vertagung fordern würden. Großbritanniens Freunde würden allmählich zu der Meinung kommen, die Briten könnten sich nicht entschließen.

Zum Treffen der Regierungschefs in Rom stellte Herr *Brandt* klar, daß es sich dabei nicht um den Ministerrat als Organ der EWG handle.

³ Vgl. dazu Dok. 118, Anm. 11.

⁴ Vgl. dazu Dok. 118, besonders Anm. 3.

⁵ Am 28. April 1967 beschloß der EFTA-Ministerrat in London, es jedem Mitgliedstaat freizustellen, einen Beitrittsantrag zur EWG zu stellen. Zur Vermeidung neuer Zollgrenzen zwischen den Staaten, deren Beitritt vollzogen sei, und jenen, deren Beitrittsverhandlungen noch nicht abgeschlossen seien, sollten erstere dazu verpflichtet werden, mit den EWG-Staaten Übergangszeiten auszuhandeln, in denen der EFTA-Handel nicht durch den Außenzolltarif der EWG beeinträchtigt würde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 927 des Botschafters Blankenhorn, London, vom 2. Mai 1967; Referat I A 2, Bd. 1464. Für das Kommuniké vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 246.

⁶ Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 20.

Die beiden Fragen Lord *Hoods*, ob er die öffentliche Absichtserklärung der britischen Regierung für wichtiger halte als den formellen Antrag und ob die Erklärung vor der Römischen Konferenz abgehalten werden solle, bejahte Bundesminister *Brandt*: Die britische Regierung müsse entscheiden, ob sie die öffentliche Erklärung mit Briefen an die sechs Regierungen verbinden und gleichzeitig oder etwas später den Aufnahmeantrag stellen solle. Unsere Botschaft in Paris habe soeben berichtet, daß de Gaulle einer Erörterung verschiedener Themen in Rom zugestimmt habe; er halte jedoch die Angelegenheit Großbritannien – Gemeinsamer Markt noch nicht als Gesprächsthema am Konferenztisch für geeignet. Sollten die EWG-Partner mit dieser französischen Auffassung übereinstimmen, sei der Präsident bereit, nach Rom zu kommen (Zwischenbemerkung *Browns*: „jolly good democrat“).

In der abschließenden Debatte über die mögliche französische Reaktion wiederholte Brown, er glaube, die britische Regierung werde bald den Antrag stellen. Ein französisches Veto gleich zu Beginn werde beträchtliche Wirkung haben („very considerable effect“).

In positiver Bewertung der Frage, ob ein baldiger erfolgreicher Abschluß der Verhandlungen zur Kennedy-Runde möglich sei, stimmten die beiden Außenminister überein.

II. Ost-West-Beziehungen

Bundesminister *Brandt* gab zunächst eine ausführliche Darstellung unserer Bemühungen um Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten. Nach dem Übereinkommen mit Rumänien⁷ und gut verlaufenen Gesprächen mit Prag⁸ und Budapest⁹ habe unter dem Einfluß Moskaus (Erklärung vom 28. Januar¹⁰), Ostberlins und Warschaus eine gegenläufige Bewegung eingesetzt.¹¹ Über die bilateralen Freundschaftsverträge Ostberlins mit einigen osteuropäischen Regierungen¹² seien wir nicht sehr besorgt. Diese Verträge würden in manchen der beteiligten Hauptstädte, wie z.B. in Budapest angesehen wie „ein Badeanzug, den man anlegt, bevor man schwimmen geht“.

Aus unseren halbamtlichen und privaten Kontakten sei starke Zurückhaltung in Warschau, dagegen Gesprächsbereitschaft im Südosten, aber auch in der ČSSR erkennbar. Mit Ungarn, Bulgarien und auch der ČSSR hofften wir auf Fortschritte im Sommer oder Herbst dieses Jahres. Eine Analyse der Abschirmung unserer Ostpolitik bei den ungebundenen Staaten habe ergeben, daß ei-

⁷ Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien am 31. Januar 1967 vgl. Dok. 39.

⁸ Zu den Gesprächen vom 10. bis 12. Januar 1967 vgl. Dok. 10 und Dok. 13.

⁹ Zu den Gesprächen vom 24./25. Januar 1967 vgl. Dok. 27 und Dok. 28.

¹⁰ Für den Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 403–409. Für Auszüge vgl. Dok. 38, besonders Anm. 9, und Dok. 44, Anm. 7.

¹¹ Vgl. dazu Dok. 50, Anm. 7.

¹² Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der DDR und der UdSSR „über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“ vgl. DzD IV/10, S. 717–723. Am 15. März 1967 schloß die DDR mit Polen und am 17. März 1967 mit der Tschechoslowakei Verträge „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Für den Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 740–743 bzw. S. 767–770.

ne wirkliche Unterstützung nur von britischer und französischer Seite geleistet werden konnte – eine Hilfe, für die wir besonders dankbar seien.¹³

In unsere Bemühungen um eine allgemeine Entspannung werde auch Jugoslawien einbezogen, obwohl es aus den bekannten Gründen ein Sonderfall sei und wir uns daher zunächst auf das Vorfeld der diplomatischen Beziehungen (Gastarbeiter, Wirtschaft, Kultur, Sozialgesetzgebung, Anhebung des Status der Diplomaten beider Länder in den Schutzmachtvertretungen¹⁴ usw.) beschränken müßten. Natürlich seien wir sehr daran interessiert, daß diese Entwicklung in Hauptstädten wie Kairo und Neu Delhi nicht mißverstanden werde, und würden ein aufklärendes Wort von britischer Seite zu schätzen wissen.

Warum die Sowjetunion im Januar d. J. ihre Einstellung uns gegenüber so radikal verschlechtert habe, sei uns nicht ganz klar, fuhr Herr Brandt fort. Noch im Oktober/November v. J. habe Kossygin sich durchaus für eine Intensivierung unserer Wirtschafts-, Kultur- und Konsularbeziehungen interessiert.¹⁵ Der Gesinnungswandel um die Jahreswende sei wohl nicht nur auf Ulbricht zurückzuführen, sondern wahrscheinlich auch auf die Hoffnung der Sowjetunion, die Situation in der westlichen Allianz für sich auszunutzen. Mit der Verschlechterung der Beziehungen zu uns laufe der Versuch parallel, mit anderen Mitgliedern der Allianz in ein besseres Verhältnis zu gelangen, also einen Keil zwischen uns und unsere Bundesgenossen zu treiben. Wir könnten uns nicht vorstellen, daß die Sowjets uns für töricht genug hielten, daß wir glaubten, wir könnten durch unsere Ostpolitik die kommunistischen Länder Osteuropas von der Sowjetunion abspalten. Immerhin würden wir in der in Arbeit befindlichen Antwort¹⁶ auf die sowjetische Note vom 28. Januar versuchen, auch bei der Sowjetregierung um Verständnis für unsere Politik zu werben und hätten Mr. Brown, bei seinem bevorstehenden Besuch in Moskau¹⁷ das gleiche zu tun.

¹³ Vgl. dazu Dok. 18.

Als Ergebnis der „Abschirmungsaktion“ hielt Ministerialdirektor Ruete am 11. Februar 1967 fest: „Es ist beachtlich, wie positiv die erste, in vielen Fällen spontane Reaktion der Staaten der ungebundenen Welt auf unsere Osteuropapolitik ist. Ebenso bemerkenswert ist die Tatsache, daß unseren Missionschefs in fast allen Hauptstädten in mehr oder weniger kategorischer Form bei der Sondierung geantwortet wurde, eine Anerkennung Ostberlins und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur SBZ sei nicht beabsichtigt.“ Allerdings müsse diese Reaktion dahingehend verstanden werden, daß sich die angesprochenen Staaten „keinesfalls für alle Zukunft [...] in der Deutschlandfrage festlegen wollten. [...] Gerade in den Hauptstädten der Staaten mit starken Bindungen zur SBZ haben jedoch die Gesprächspartner unseren Missionschefs gegenüber mehr oder weniger deutlich die Überlegung anklingen lassen, daß es für die deutsche Politik schwierig sein werde, auf die Dauer den bisherigen Standpunkt aufrechtzuerhalten.“ Vgl. VS-Bd. 4177 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

¹⁴ Die „Abteilung für die Wahrnehmung deutscher Interessen“ in Belgrad befand sich in der französischen Botschaft. Die Interessen Jugoslawiens in der Bundesrepublik wurden von der schwedischen Botschaft in Bonn vertreten.

¹⁵ Vgl. dazu auch das Gespräch des Botschafters von Walther, Moskau, mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten vom 31. Oktober 1966; AAPD 1966, II, Dok. 361.

¹⁶ Vgl. dazu Dok. 65, Anm. 4.

¹⁷ Der britische Außenminister hielt sich vom 24. bis 26. Mai 1967 in der UdSSR auf. Dazu teilte Botschafter Blankenhorn, London, mit, daß Brown den sowjetischen Außenminister „dringend gebeten“ habe, gegenüber der Bundesrepublik „eine realistischere und verständnisvollere Haltung“ einzunehmen. Gromyko habe dagegen eingewandt, daß er bei der Bundesregierung „eine Verbesserung des Tones, nicht aber eine Änderung in der politischen Substanz feststellen [könne]. In der Haltung gegenüber den Grenzfragen, der Anerkennung der DDR, der Stellung Westberlins sei

Im Verhältnis zur SBZ habe unsere Politik größerer Bereitschaft, gemeinsam mit den Behörden im anderen Teil Deutschlands Probleme von praktischer Bedeutung für die Bevölkerung anzupacken, leider zu nichts geführt. Ostberlin gebe sich starrer und feindseliger als je. Jetzt unternehme die SPD einen neuen Schritt; sie sende einen offenen Brief an die Delegierten des SED-Partei-kongresses mit der Aufforderung, zur Lösung menschlicher, wirtschaftlicher und technischer Probleme beizutragen.¹⁸ Dem Schreiben werde eine Regierungserklärung beigelegt, in der eindeutig klargestellt werde, daß Ostdeutschland nicht aus der allgemeinen Entspannung der Beziehungen zwischen West- und Osteuropa ausgenommen bleiben dürfe.¹⁹ Dieser Schritt sei nicht als Propagandaübung gedacht, sondern solle unserer Regierungserklärung vom Dezember 1966²⁰ mehr Substanz geben. Wir wollten dem Auseinanderleben der beiden Teile Deutschlands entgegenwirken. Für uns sei die innerdeutsche Entspannung ein notwendiger Beitrag zur europäischen Entspannung. Unsere Vorschläge zielten auf Erleichterungen im Verkehr von Menschen und Wirtschaftsgütern, auf einen verstärkten wissenschaftlich-technischen und kulturellen Austausch usw.

Mr. Brown brachte das Einverständnis der britischen Regierung mit der deutschen Ostpolitik zum Ausdruck, wiederholte sein Unterstützungsangebot und fragte, ob wir hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Präferenzen hätten. Was die veränderte Haltung der Sowjetunion angehe, so frage er sich, ob nicht die jüngste Entwicklung in China und deren Auswirkungen auf das chinesisch-sowjetische Verhältnis die Ursache für Moskaus Bemühungen sei, sein Lager in Europa zu konsolidieren. Den Wunsch Rapackis und anderer osteuropäischer Politiker auf Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz habe die britische Regierung hinhaltend behandelt.²¹ Nach ihrer Ansicht müßten die Amerikaner beteiligt werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 569

nichts Neues zu erkennen. In der Frage der Nichtverbreitung treibe die Bundesregierung spürbare Obstruktion. [...] Alles in allem sehe die Sowjetunion keinen Grund für Optimismus. Sie verhalte sich deshalb völlig abwartend.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1102 vom 31. Mai 1967; VS-Bd. 2456 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

¹⁸ In dem „Offenen Brief“ vom 12. April 1967 an die Delegierten des VII. Parteitages der SED, der vom 17. bis 22. April 1967 in Ost-Berlin stattfand, bekräftigte der Parteivorstand der SPD seine Bereitschaft zu einem Redneraustausch zwischen SPD und SED und erklärte: „Wenn und solange die Führung der SED aber einen offenen Meinungsaustausch in ihrem eigenen Machtbereich nicht zulassen will, sollte sie [...] doch wenigstens keine Hindernisse dagegen errichten oder zusätzlich verstärken, daß die Beziehungen zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands erleichtert werden.“ Vgl. DzD V/1, S. 910.

¹⁹ Am 12. April 1967 unterbreitete Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag Vorschläge „zur Erleichterung des täglichen Lebens für die Menschen in den beiden Teilen Deutschlands“, zur Verstärkung der wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zusammenarbeit sowie für den wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 4687.

²⁰ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

²¹ Während seines Aufenthalts vom 21. bis 27. Februar 1967 in Großbritannien drängte der polnische Außenminister wiederholt auf die baldige Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz. Nach Informationen des britischen Außenministeriums regte Rapacki an, in bilateralen Gesprächen zunächst eine Einigung über den Inhalt einer europäischen Sicherheitskonferenz zu erzielen und anschließend eine Kommission zur weiteren Vorbereitung einzusetzen. Britischerseits sei darauf hingewiesen worden, daß etwa die Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen im Rahmen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf verhandelt werde und des-

Herr *Brandt* erwiderte, daß uns besonders eine Verbesserung unseres Verhältnisses zur ČSSR, aber auch zur Sowjetunion am Herzen liege. Es sei bedeutungsvoll, daß Regierungen in anderen Teilen der Welt nicht etwa den Eindruck erhielten, das deutsche Problem werde durch Anerkennung der „DDR“ gelöst. Eine Anerkennung würde das Problem nicht lösen, sondern nur in anderer Form wieder aufleben lassen.

Im Vorfeld der diplomatischen Beziehungen gebe es gewisse politische Aspekte (z. B. Flaggen bei Sportereignissen, TTD-Beschränkung und dergl.), die an Gewicht verloren hätten und die man ohne Vorurteil und ohne Bindung an Präzedenzfälle prüfen könne. Hinsichtlich der Vertretungen dritter Länder in Ostberlin könne man an nichtstaatliche Handelsvertretungen, Handelskammern etc. denken. Die SBZ vom Handel mit dem Westen abzuschneiden, bedeute, sie in stärkere Abhängigkeit von Moskau zu zwingen.

Auf die Frage Mr. *Browns*, ob Herr Brandt hinsichtlich der innerdeutschen Beziehungen „more relaxed“ als sein Vorgänger sei, entgegnete der *Bundesaußenminister*, wenn wir früher gesagt hätten, daß die Wiedererringung der deutschen Einheit das zentrale Ziel unserer Außenpolitik sei, so könne er heute sagen, die Bewahrung und Organisierung des Friedens sei unser Hauptziel, durch das wir zur Wiedervereinigung zu gelangen hofften.

Vor dem Versuch, den sowjetisch-chinesischen Konflikt auszunutzen, sei zu warnen. Es könnte allerdings eines Tages notwendig werden, unseren nicht unbeträchtlichen wirtschaftlichen Interessen in China²² in irgendeiner Form amtlichen Schutz zu gewähren. Wir hätten dies bisher mit Rücksicht auf die Sowjets und die in Vietnam engagierten Amerikaner nicht getan.

An der von der britischen Regierung vorbereiteten und z. Z. zwischen ihr und der tschechoslowakischen Regierung erörterten „Erklärung über Europäische Sicherheit“²³ seien wir sehr interessiert. Wir würden es begrüßen, über die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit auf dem laufenden gehalten zu werden.

Ost-West-Konferenzen, wie die der IPU könnten nützlich sein, vielleicht noch mehr, wenn sie sich mit praktischen Fragen, etwa wirtschaftlicher oder technischer Art befassen, als mit rein politischen. Eine Europäische Sicherheitskonferenz ohne Beteiligung der USA sei für uns nicht denkbar.

Zum geplanten britisch-sowjetischen „Nichtangriffs- und Freundschafts“-Vertrag sagte Herr *Brandt*, wir wüßten es zu schätzen, daß wir von den Briten in-

Fortsetzung Fußnote von Seite 570

halb „keine Notwendigkeit bestehe, sie in gesonderten bilateralen Gesprächen neu aufzunehmen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 407 des Botschafters Blankenhorn, London, vom 24. Februar 1967; VS-Bd. 4261 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Zum Vorschlag des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 27. April 1966 vgl. Dok. 13, Anm. 9.

²² Am 6. Oktober 1966 hielt Ministerialdirigent Berger dazu fest, daß die Bundesrepublik 1965 mit Exporten in die Volksrepublik China in Höhe von 79 Mio. Dollar vor Großbritannien (72 Mio. Dollar) den ersten Platz unter den westeuropäischen Staaten, als Importeur chinesischer Waren aber mit 73 Mio. Dollar hinter Großbritannien (83 Mio. Dollar) den zweiten Rang eingenommen habe. Im ersten Halbjahr 1966 habe sich der Export der Bundesrepublik in Höhe von 57 Mio. Dollar gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (28 Mio. Dollar) verdoppelt; der Import sei von 36 Mio. Dollar (1965) auf 45 Mio. Dollar im ersten Halbjahr 1966 gestiegen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 3822 an die Botschaften in Washington und Seoul; Referat III A 6, Bd. 214.

²³ Vgl. dazu Dok. 119, Anm. 10.

formiert worden seien.²⁴ Die Worte „Non-Aggression“ und „Friendship“ hätten einen etwas anderen Klang und Inhalt als die deutschen Worte „Nichtangriff“ und „Freundschaft“. Es gebe Aspekte im Entwurf des britisch-sowjetischen Vertrags, die den von uns vorgeschlagenen gegenseitigen Gewaltverzichtserklärungen²⁵ glichen. Wir würden stärker als vorher betonen, daß wir bereit seien, das Problem der Wiedervereinigung mit einer Gewaltverzichtserklärung zu verbinden.

Hierzu erklärte Mr. *Brown*, die Wiedervereinigung als wesentliches Ziel der deutschen Politik gehöre zu denjenigen absoluten Prioritäten, „welche sich die britische Politik zu eigen gemacht habe“. („It's a prime consideration of British policy“). Wir würden von den Briten über die Verhandlungen sowohl um die Europaerklärung als auch um den Freundschaftsvertrag auf dem laufenden gehalten werden. Unsere entspannte Einstellung gegenüber der Ostzone werde auf britischer Seite positiv bewertet. Brown habe den Eindruck, daß die Sowjets sich in letzter Zeit gegenüber Großbritannien entgegenkommender gezeigt hätten, – eine Entwicklung, die auch der deutschen Politik zugute kommen könne.

Lord *Hood* warf ein, daß man sich im Rahmen der NATO um Behebung des von Bundesminister Brandt festgestellten Mangels einer gemeinsamen ostpolitischen Grundlage des Westens bemühe. Sollte aber nicht auch der Rat der WEU damit befaßt werden? Mr. Brown unterstützte diesen Vorschlag. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß er von Lord Hood und Professor Meyer-Lindenberg weiter verfolgt werden solle.

Mr. *Thomson* teilte mit, er werde am 19. April in Prag mit den Tschechoslowaken über die „Declaration of Principles“ sprechen. Der Entwurf sei den Tschechoslowaken vor einiger Zeit übergeben worden. Eine Stellungnahme läge bisher nicht vor, doch sei Prag jetzt gesprächsbereit. Die britische Regierung habe bei allen ihren Kontakten mit osteuropäischen Staaten die wesentlichen deutschen Anliegen im Sinn. Sie bemühe sich in den östlichen Hauptstädten um eine konstruktivere Haltung. Jede deutsche Anregung hierzu sei willkommen.

Herr *Brandt* sagte Thomson eine Darstellung unserer Verhandlungen mit Prag zu. Die tschechoslowakische Regierung habe auf Druck Moskaus den Fortgang der Diskussion vertagt und dazu den Komplex „Münchener Abkommen“ als Vorwand benutzt. Unsere rechtliche Position zum Münchener Abkommen²⁶ sei von der britischen nicht sehr weit entfernt.²⁷ Wir strebten eine für beiden Sei-

²⁴ Zum Gespräch des Staatsministers im britischen Außenministerium, Lord Hood, mit Botschafter Blankenhorn, London, am 6. März 1967 vgl. Dok. 97, Anm. 7.

Am 21. März 1967 teilte der britische Gesandte Tomkins Ministerialdirektor Ruete weitere Einzelheiten über den geplanten Freundschaftsvertrag mit. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Ruete; VS-Bd. 4249 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

²⁵ Vgl. dazu Dok. 46, besonders Anm. 6.

²⁶ Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

²⁷ Am 5. August 1942 führte der britische Außenminister Eden in einem Schreiben an den Außenminister der tschechoslowakischen Exilregierung, Masaryk, aus, daß das Münchener Abkommen mit dem deutschen Einmarsch in Prag und der Proklamation des „Reichsprotektorats“ Böhmen und Mähren am 15./16. März 1939 hinfällig geworden sei. Für das Schreiben vgl. DzD I/3, S. 649. Der britische Außenminister Stewart bekräftigte diese Auffassung während seines Besuchs vom 22. bis 24. April 1965 in Prag. Er betonte, daß es „zwei verschiedene Dinge seien, ob ein Vertrag

ten annehmbare Lösung der Staatsangehörigkeits-, Eigentums- und sonstigen Probleme an, die mit der Ablösung des Münchener Abkommens verbunden seien. Die Reparationsfrage werde Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben müssen.

III. Nichtverbreitung

Herr *Brandt* sprach die Hoffnung aus, daß wir aufgrund der gegenwärtigen Verhandlungen in Washington unsere NATO-Vertretung schon bald mit Weisungen zum Entwurf des Nichtverbreitungsabkommens versehen könnten. Im Bundeskabinett werde argumentiert, man solle den Vertrag auf eine bestimmte Zeit, etwa 10 Jahre, begrenzen und ihn dann im Lichte der inzwischen erfolgten Entwicklung neu prüfen. Er, Brandt, sei nicht sehr optimistisch bezüglich der Unterstützung, die man für diese Idee finden könne. Heute stünden im wesentlichen folgende Punkte zur Diskussion:

- Vermeidung der Diskriminierung zwischen Nuklear- und Nichtnuklear-Mächten im Bereich der zivilen Nutzung der Atomenergie,
- Bereitschaft der Nuklearmächte zu eigener Rüstungsbegrenzung und Rüstungsminderung,
- Nichtgefährdung bestehender Sicherheitsvorkehrungen in der westlichen Allianz,
- Aspekte späterer europäischer Entwicklungen, sowie
- wirksame Überwachung der Nichtverbreitung unter Verwendung bestehender Kontrollsysteme.

Hinsichtlich der friedlichen Verwendung der Atomenergie komme der neue amerikanische Entwurf mit der Betonung dieses Elements in der Präambel unserer Vorstellung näher. Es würde die psychologische Situation in Deutschland, Italien und anderen Ländern erleichtern, wenn wenigstens die westlichen Nuklearstaaten sich einer Kontrolle der friedlichen Nuklearverwendung unterwerfen und damit dieses zusätzliche Element der Diskriminierung beseitigen würden.

Was die Abrüstung der Nuklearstaaten angehe, so scheine der italienische Gedanke diskutabel, den Artikel IV im neuen amerikanischen Entwurf²⁸ über die Konferenz zur Durchführung des Vertrags auch auf das Abrüstungsziel der Präambel anzuwenden. Zu den bestehenden Sicherheitsvorkehrungen der Allianz sollten die Amerikaner der Sowjetunion klarmachen, daß der Vertrag niemanden berechtige, diese Einrichtungen in Frage zu stellen.

Der eine der beiden europäischen Aspekte – Übergabe von Nuklearpotential auf einen europäischen Bundesstaat – sei mit Premierminister Wilson und Außenminister Brown bei ihrem Besuch in Bonn besprochen worden.²⁹ Der andere Aspekt – Vereinbarkeit oder Nichtvereinbarkeit von EURATOM-Kontrolle und Nichtverbreitungsvertrag – sei in Brüssel diskutiert worden. Wir hielten

Fortsetzung Fußnote von Seite 572

ungerecht sei, oder ob er niemals abgeschlossen worden sei“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 17. September 1965, Referat V 1, Bd. 1016.

²⁸ Zum amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Knapstein, Washington, am 31. März 1967 und den Regierungen der anderen NATO-Staaten am 3. April 1967 übermittelt wurde, vgl. Dok. 121, besonders Anm. 3.

²⁹ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson am 16. Februar 1967 vgl. Dok. 57.

es für möglich, eine Formel zu finden, die etwa der jetzigen Zusammenarbeit zwischen EURATOM und USA entspreche. Artikel III habe positive Aspekte. Eine Verbindung von EURATOM- und IAEО-Kontrolle könnte gefunden werden. Der amerikanische Gedanke, wenn man sich nicht in drei Jahren einig, das IAEО-System in Kraft treten zu lassen, versetze EURATOM in eine schwierige Lage. Er, Brandt, frage sich, ob man nicht die in Artikel IV vorgesehene Zeitspanne und die Periode der Übergangszeit für die Kontrolle einander angleichen könne: entweder beides drei Jahre oder beides fünf Jahre. Es sei möglich, daß die Italiener sich in der NATO der Stimme enthielten. Auch wir müßten dies in Erwägung ziehen, wenn wir nicht zu einer positiven Einstellung gelangten.

Wenn der Vorschlag nicht zustande komme, meinte dazu Mr. *Brown*, seien wir „in a pretty big disaster“. Er nehme an, daß die gegenwärtige Stimmung der Russen einen positiven Ausgang ermöglichen werde. „Ich hoffe stark, daß wir zu einer Einigung kommen“.

Brown habe es sowohl Kossygin wie auch Gromyko so klar gemacht wie nur möglich, daß der Vertrag nicht mit Dingen belastet werden dürfe, die nicht hineingehörten. Die europäische Option in Form des Übergangs nationaler Nuklearkapazität auf einen europäischen Bundesstaat sei offen, und die Sowjets wüßten es.

Zur Kontrollfrage vertrete die britische Regierung die Ansicht, daß EURATOM und IAEО miteinander verschränkt (dovetailed) werden sollten. EURATOM dürfe nicht geschwächt oder gar zerstört werden. Hinsichtlich der Übergangsperiode wolle er noch keine Stellung beziehen, sehe aber ein, daß man EURATOM nicht unter den Druck einer Zeitgrenze von drei oder gar nur zwei Jahren stellen sollte.

Die Briten würden ihr bestes tun,

- in Genf eine ausdrückliche Absichtserklärung der Nuklearmächte betr. Verringerung ihres eigenen militärischen Nuklearpotentials zustande zu bringen,
- die Amerikaner zu bewegen, „safeguards“ über ihr ziviles Nuklearpotential zu akzeptieren, und
- für die EURATOM-Interessen zu wirken.

Zur Erklärung einiger Bedenken in Deutschland schilderte Herr *Brandt* die Gründe, die zum Verlust eines finnischen Auftrags auf Bau eines großen Nuklear-Kraftwerks führten. Gegenüber dem preisgünstigsten deutschen Angebot sei von konkurrierender amerikanischer Seite geltend gemacht worden, das deutsche Angebot sei vielleicht besser, doch hätten die Finnen keine Garantie auf Lieferung von Nuklear-Brennstoff, da ja demnächst der Nichtverbreitungsvertrag unterschrieben werde. Schließlich hätte die sowjetische Intervention bewirkt, daß keiner der westlichen Interessenten den Auftrag erhielt.

Abschließend brachte Bundesminister Brandt die Zusammensetzung des IAEО-Rats zur Sprache. Bei den „safeguards“ für die Wiener Organisation spiele der Ratsvorsitzende eine Rolle. Großbritannien und Frankreich seien die einzigen ständigen Ratsmitglieder. Man brauche kein deutscher Nationalist zu sein, um die Frage zu stellen, ob Deutschland auch einen ständigen Sitz erhalten solle.

Die Aussprache über das Nichtverbreitungsabkommen wurde am 13. April fortgesetzt.

VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)

125

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung

II A 1-80.00-912/67 geheim

12. April 1967¹

Betr.: Deutschlandpolitik

hier: Verwertung von Positionsvorteilen der Bundesrepublik Deutschland

I. 1) Bestandsaufnahme unserer Positionsvorteile

Unsere bisherige Deutschlandpolitik hat bewirkt, daß wir im internationalen Feld dem Ostberliner Regime gegenüber zahlreiche Positionsvorteile errungen haben, die noch einen beträchtlichen Wert besitzen und über deren Bedeutung für unsere künftige Deutschlandpolitik wir uns klar werden müssen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit können hier im einzelnen genannt werden:

a) Noch bestehende Abschreckung der Dritten Welt vor weiterer Aufwertung und Anerkennung der SBZ

Der internationale Status der Zone hat sich in der Vergangenheit nur langsam verbessert. Der entscheidende Durchbruch einer diplomatischen Anerkennung ist ihr in der freien Welt an keiner Stelle geglückt. Unsere Politik, eine Aufwertung oder Anerkennung der Zone durch das Ausland als unfreundlichen Akt zu betrachten, ist nicht ohne Erfolg geblieben und wäre auch heute nicht ohne Aussicht auf Erfolg.

b) Zurückhaltung unserer Verbündeten und Freunde bei Kontakten zum Ostberliner Regime

Bisher haben unsere Verbündeten und Freunde unseren Wunsch, sich in ihren Kontakten zum Ostberliner Regime zurückzuhalten, respektiert. Sie würden sich auch heute einem solchen Wunsch nicht verschließen.

¹ Hat Ministerialdirigent Sahn am 12. April 1967 vorgelegen, der mit Begleitvermerk notierte: „Die Arbeitsgruppe L[eiter] P[lanungsstab] Diehl/Herr Bahr hatte das Ergebnis ihrer Deutschlanddiskussion mit einer Aufzeichnung vom 17. 3. 1967 – Pl 21 II/67 geh. – der Leitung des Hauses vorgelegt. In dem Papier sind die wichtigen Fragen, was mit den uns verbleibenden Positionsvorteilen gegenüber dem Zonenregime geschehen soll, wie wir zu einer Verbesserung der Lage Berlins kommen können, nicht behandelt worden. Als Anlage lege ich eine Aufzeichnung [...], die sich mit diesen Fragen befaßt und Aufmerksamkeit verdient, als Ergänzung des Deutschlandpapiers der Arbeitsgruppe über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister vor.“ Vgl. VS-Bd. 8530 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl vgl. Dok. 105.

Hat Staatssekretär Schütz am 14. April 1967 vorgelegen.

Hat Bundesminister Brandt am 17. April 1967 vorgelegen.

c) Nicht-Zulassung des Zonenregimes im internationalen nicht-staatlichen Raum (insbesondere in Sport, Kunst und Wissenschaft)

Da es uns nicht gleichgültig sein konnte, ob sich in der Weltöffentlichkeit das Bild von zwei deutschen Staaten festsetzte, haben wir den Bestrebungen der Zone im internationalen nicht-staatlichen Bereich überall dort entgegenge wirkt, wo sie mit dem Anspruch ein zweiter deutscher Staat zu sein, auftreten wollte. Der Erfolg unserer Bemühungen war ja nach Regionalbereich (Ostblock, Dritte Welt, Verbündete, Bundesgebiet) unterschiedlich; dennoch konnten früher und könnten noch heute weite Gebiete vor Einbrüchen abgesichert werden.

d) TTD-System

Das von den Alliierten im Einvernehmen mit uns aufrechterhaltene TTD-System hat im NATO-Bereich die Anerkennung des DDR-Passes verhindert und die politische Agitation der Zone in Westeuropa unter Kontrolle gehalten. (Nach Ansicht des geflüchteten Chefs der polnischen Militärmission in Westberlin, Tykocinski, ist das TTD-System ein noch wirkungsvolleres Instrument als die Hallstein-Doktrin²). Das TTD-System könnte noch heute gehalten werden.

e) Noch bestehende Handelsrestriktionen

Noch heute bestehen westliche Handelsbeschränkungen im Interzonenhandel und im Handelsverkehr von NATO-Ländern mit der SBZ (Widerrufsklausel, Kontingentierung, Kreditbeschränkungen, Embargo strategischer Güter). Ostberlin ist weiterhin an der Aufhebung dieser Restriktionen interessiert.

f) Bezeichnung des anderen Teils Deutschlands

In der Bezeichnungsfrage ist es Ostberlin bisher nicht gelungen, die für sich beanspruchte Staatsbezeichnung weltweit durchzusetzen. Wir selbst, unsere Verbündeten und verschiedene internationale Organisationen (NATO, UNO) legen sich weiterhin Zurückhaltung auf.

Man mag die Frage aufwerfen, ob es sich in diesen Fällen für uns um wirkliche Positionsvorteile handelt. Daß dem so ist, geht daraus hervor, daß die oben angeführten Positionen das Zonenregime (nicht notwendigerweise die Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands) in einem Minderstatus halten. Diesen zu überwinden, ist das erste außenpolitische Ziel Ulbrichts. Was aber für das Ostberliner Regime Nachteile sind, sind in diesen Fällen für uns Vorteile. Wenn es zu einer Entwertung aller von uns gehaltenen Trümpfe käme, hätte Ostberlin sein außenpolitisches Nahziel erreicht. Die Glaubwürdigkeit der rechtlich-politischen Begründung unserer Deutschland-Politik würde dadurch beeinträchtigt werden.

2) Bewertung unserer Trümpfe für die Zukunft

Eine Prognose des Wertes unserer Trümpfe hängt einerseits von der Entwicklung des Ostberliner Regimes, zum anderen von unserer eigenen Deutschland-Politik ab.

² Nach seiner Flucht am 16. Mai 1965 berichtete der ehemalige Leiter der polnischen Militärmission in Berlin (West), Tykocinski, über die sowjetische Deutschlandpolitik. Er bezeichnete die Tätigkeit des für die TTD zuständigen Allied Travel Office (ATO) als „wirksame Waffe gegen die Zone. Sie sei effektiver als die Hallstein-Doktrin“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Wieck vom 6. Juni 1966; VS-Bd. 4171 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

a) Entwicklung des Ostberliner Regimes

Das Zonenregime ist seit 1949 langsam, aber stetig stärker geworden. Eine fühlbare Konsolidierung hat sich seit dem Bau der Berliner Mauer ergeben. Eine vorsichtige Beurteilung zwingt dazu, auch in Zukunft eher mit einer Stärkung als mit einer Schwächung des Regimes und seiner Stellung in der Welt zu rechnen. Eine solche Prognose würde bedeuten, daß unsere Positionsvorteile weiter abnehmen, aber nicht ohne weiteres verschwinden müssen.

b) Einfluß unserer Deutschland-Politik auf unsere Positionsvorteile

Von ganz besonderem Einfluß auf unsere Positionsvorteile ist unsere eigene Deutschland-Politik. Man muß davon ausgehen, daß wir unsere Trümpfe im wesentlichen bis auf weiteres halten könnten, wenn wir dazu entschlossen wären.

Die deutsche Beteiligung an der Entspannungspolitik, unsere Osteuropa-Politik und unsere Politik der verstärkten Kontakte zum anderen Teil Deutschlands zwingen uns jedoch zu gewissen Rücksichtnahmen. Bei einer solchen Politik müssen wir im Laufe der Zeit mit Rückwirkungen auf die Haltung des Auslands gegenüber der Zone rechnen. Je mehr wir Ostberlin in die Entspannung einbeziehen, je mehr wir uns mit der vorläufigen Existenz des Zonenregimes abfinden, desto weniger können wir das Ausland von verstärkten Beziehungen zu Ostberlin und damit die Zone vom internationalen Verkehr abhalten. Bestehende Trümpfe werden damit gefährdet.

Hiervon zu unterscheiden ist der Fall, daß wir uns dazu entschließen, von uns aus Positionen (wie z.B. die noch bestehende Nicht-Zulassung der Zone zum internationalen Sportverkehr oder das TTD-System) abzubauen, entweder in der Absicht, das Spannungsklima zu verbessern, oder in der Erwartung, die Auseinandersetzung mit Ostberlin insoweit zu beseitigen. Hier handelt es sich um den freiwilligen Rückzug ohne substantielle Gegenleistungen.

Insgesamt läßt sich sagen, daß unsere derzeitige Politik die Gefahr eines unkontrollierten Abbaus unserer Positionsvorteile in sich trägt.

3) Folgen einer Entwertung unserer Trümpfe

Je mehr die unter Ziffer I 1) aufgeführten Trümpfe ihren Wert verlieren, desto mehr wird sich die DDR konsolidieren und desto mehr wird sich die Teilung Deutschlands weiter verfestigen. Im ungünstigen Fall würde das zu einer Anerkennung Ostberlins zwar nicht durch uns und unsere engen Verbündeten und Freunde, aber doch durch die Dritte Welt führen. Die weitere Verfestigung der deutschen Teilung würde eine besondere Gefahr für Berlin bilden, dessen Status zwischen Ost und West weiter umstritten bliebe und das damit „in der Luft hänge“. Nicht nur würde die Wiedervereinigung als politisches Ziel weiter in den Hintergrund rücken. Es würde auch nicht bei einer Zweiteilung Restdeutschlands bleiben. Vielmehr würde die prekäre Stellung Berlins dem Osten den Hebel belassen, mit dem zunächst eine Dreiteilung Restdeutschlands in Gang gesetzt würde, bei der sich Berlin auf die Dauer nicht halten könnte.

II. 1) Verwertung unserer Trümpfe

a) Wenn es richtig ist, daß die bestehenden Positionsvorteile auf die Länge der Zeit schwinden, aber noch geraume Zeit gehalten werden können, dann drängt sich der Gedanke auf, sie nur für Gegenleistungen abzugeben, mit anderen

Worten, sie in eine Politik des Gebens und Nehmens einzubauen. Dies sollte geschehen, solange die Trümpfe noch etwas wert sind.

b) Als Gegenleistung kommt eine Verbesserung des Status' Westberlins und des Zugangs zu ihm in Betracht. Andere Konzessionen dürften nach der Interessenlage des Zonenregimes und der Sowjetunion von vornherein ausscheiden. Im Fall Westberlins erscheinen Zugeständnisse Ostberlins und Moskaus – wenn man einmal von deren Interessen ausgeht – durchaus denkbar.

Nach dem Mauerbau und nach dem Anstieg des Lebensstandards in der Zone hat Westberlin seine „Bedrohung“ für das Zonenregime weitgehend verloren, da es als Fluchtweg und als „provozierendes“ Schaufenster des Westens heute keine Rolle mehr spielt. Warum sollte der Osten nicht die Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik zulassen und den Zugang zur Stadt garantieren, wenn die Zone dafür beträchtliche Konzessionen bezüglich ihres Status' erhielte? Der östliche Standpunkt, Westberlin als „selbständige politische Einheit“ (so der Vertrag Ostberlin-Moskau 1964³) oder als „besondere politische Einheit“ (so die Verträge Ostberlin-Warschau/Prag 1967⁴) zu betrachten, könnte bei weiter Auslegung sogar aufrechterhalten bleiben.

Ein brauchbarer Ausgangspunkt wären insoweit die amerikanischen „Draft Principles“ vom März/Juni 1962, die zwar von den Franzosen und uns damals nicht akzeptiert wurden, von den Russen aber niemals abgelehnt worden sind (vgl. Anlage 1⁵).

c) Schwierige Probleme, die einer gesonderten Untersuchung bedürften, wären die Einführung des Komplexes in zu erstrebende Verhandlungen sowie die Modalitäten dieser Verhandlungen. Solange es nicht zu erfolgreichen Verhandlungen gekommen ist, sollten wir uns mit Konzessionen gegenüber Ostberlin zurückhalten, es sei denn, Ulbricht liefere Entspannungsbeweise.

2) Mögliche Einwendungen

Folgende Einwendungen gegen den Gedanken eines Berlin-„Handels“ sind – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – möglich:

³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. Juni 1964 „über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“ vgl. DzD IV/10, S. 717–723.

⁴ Für den Wortlaut der am 15. und am 17. März 1967 zwischen der DDR und Polen bzw. der Tschechoslowakei geschlossenen Verträge „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ vgl. DzD V/1, S. 740–743 und S. 767–770.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Der amerikanische Außenminister Rusk schlug am 22. Juni 1962 allgemeine Grundsätze für eine neue Berlinpolitik vor: „Die Parteien stimmen darin überein, daß der Ausschuß der Außenminister-Stellvertreter bei seinen fortlaufenden Verhandlungen die allgemeinen Grundsätze berücksichtigen sollte, daß bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit 1) es Westberlin freistehen soll, seine eigene Lebensweise zu wählen; 2) die Parteien sich verpflichten sollten, die Gesellschaftsordnung, die innerhalb der Stadt Gestalt angenommen hat, zu achten; 3) seine Lebensfähigkeit [...] aufrechterhalten bleiben soll; 4) uneingeschränkte Verbindungen zwischen Westberlin und Westdeutschland sichergestellt werden. [...] Sie erklären ferner, daß sie sich um das Zustandekommen einer Einigung der Behörden in West- und Ostberlin bemühen werden zwecks Einsetzung einer Gesamtberliner technischen Kommission, bestehend aus Beamten, die von den Behörden Westberlins und Ostberlins ernannt würden, um Angelegenheiten wie die Erleichterung des Verkehrs von Personen, Transportfahrzeugen und Gütern zwischen West- und Ostberlin und eine Regelung betreffend öffentliche Versorgungsbetriebe und Kanalisation zu behandeln.“ Vgl. VS-Bd. 8530 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

a) Eine Verwertung unserer Trümpfe gegen Gegenleistungen bezüglich Westberlins sei zu spät.

Es ist richtig, daß eine Initiative in dieser Richtung vor Jahren bessere Aussichten gehabt hätte. Ein Versuch dürfte aber noch immer lohnend sein.

b) Ein solcher „Handel“ müsse zu einer Anerkennung der DDR führen.

Wichtig ist, daß Verhandlungen vom Ausland nicht mißdeutet werden dürfen. Eine Anerkennung durch unsere engen Verbündeten und Freunde läßt sich vermeiden, solange die Anerkennungsabsicht fehlt. Ob eine Anerkennung der DDR durch Länder der Dritten Welt auf die Dauer zu verhindern ist, ist allerdings ohnehin fraglich.

c) Schon der Versuch zu Verhandlungen führe zur Aufgabe westlicher Positionen, ohne daß ein positives Verhandlungsergebnis vorausgesagt werden könne. Es kommt darauf an, das Thema so in die Diskussion einzuführen und die Verhandlungen so zu beginnen und zu führen, daß eine Präjudizierung unserer Verhandlungsposition vermieden wird. Die Erreichung dieses Ziels kann nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

III. Zusammenfassung

Unsere im internationalen Felde dem Ostberliner Regime gegenüber bestehenden zahlreichen Positionsvorteile, die von uns noch geraume Zeit gehalten werden könnten, sollten nur gegen Gegenleistungen des Ostens aufgegeben werden. Als Gegenleistung kommt insbesondere eine Verbesserung des Status' West-Berlins und des Zugangs zu ihm in Betracht. Der Komplex müßte behutsam in die Ost/West-Diskussion eingeführt werden. Mit Konzessionen gegenüber dem Zonenregime sollten wir uns so lange zurückhalten, bis Ulbricht einen Entspannungsbeweis bezüglich Berlins gegeben hat.

Jung

VS-Bd. 8530 (Ministerbüro)